
B E R I C H T E

"Flugzeug-PKs": Wo sich Christi Stellvertreter den Medien stellt	2
Heikle Themen im Vatikan erörtert Franziskus direkt mit Journalisten, was neben Transparenz auch Tücken bringt - Schon bald steht der nächste Termin an - von Burkhard Jürgens	
Missbrauchsskandal plagt die Kirche heftiger denn je	3
US-Justiz stößt bei Aufarbeitung von Missbrauch an Grenzen	4
"Ehe für alle": Regierung sucht noch gemeinsame Linie	5
"Standard": In Österreich mehr Orthodoxe als Muslime	6
Parlamentariern Kugler für Einsatz für Menschenrechte geehrt	8
Historiker: Katholiken wurden wie Muslime heute diskriminiert	8
Kirchliche Besitzergreifung: Bartholomaios bestellt zwei Exarchen	9
Anglikanische Kirche wegen Amazon-Beteiligung in Kritik	10
Initiative gegen Förderung von Katholikentag in Erfurt	10
Deutsche Diözese wirbt mit Negativ-Sprüchen für ihre Angebote	11
Nobelpreisträgerin: Iranisches Regime wird früher oder später fallen	12
Wie nigerianische Prediger junge Frauen zur Prostitution zwingen	12
Neue Biografie über Franz von Assisi: Die Macht der Taten, die Vollmacht der Worte	13
Hans Scholl: Ein intensives, aber kurzes Leben für die Freiheit	14

P R E S S E S C H A U

Ärger bis Stolz über den "Schweigepapst"	16
Pressestimmen zur Causa Vigano zwischen Erschütterung über die Angriffe gegen Franziskus, Reformforderungen und mahnenden Vergleichen zum Ende der Sowjetunion	
Staatsdoktrin, Latex und das Abendland	18
"Presse" debattiert ausführlich die anstehende Neuregelung des Ehegesetzes	
Hamann: Konfessionelle Trennung im Religionsunterricht absurd	19

I N T E R V I E W

"Weltkirchlich gesehen stehen wir erst am Anfang"	20
Jesuit und früheren Rektor des Berliner Canisius-Kollegs, P. Klaus Mertes, im "Kathpress"-Interview über die weltkirchliche Dimension der Missbrauchskrise und notwendige Reformschritte	

D O K U M E N T A T I O N E N

"Man geniert sich ja fast, in der Kirche zu sein"	22
Wortlaut der Predigt von Kardinal Christoph Schönborn bei der traditionellen Maria-Namen-Feier am 9. September im Wiener Stephansdom	
"Mutiger das bekennen, was uns als Christen heilig ist"	23
"Furche"-Herausgeber Heinz Nussbaumer bei der Maria-Namen-Feier im Wiener Stephansdom	

B E R I C H T E

"Flugzeug-PKs": Wo sich Christi Stellvertreter den Medien stellt

Heikle Themen im Vatikan erörtert Franziskus direkt mit Journalisten - Die Frage- und Antwort-Runden bei Papstreisen versprechen Transparenz, aber das Format hat auch Tücken - Schon bald steht der nächste Termin an - Hintergrundbericht von Kathpress-Korrespondent Burkhard Jürgens

14.09.2018 (KAP-ID) Am 25. September dürfte manches klarer werden, was die Krise in der katholischen Kirchenleitung angeht: die Missbrauchsskandale; ein drohendes Zerwürfnis der US-Bischöfe; wirre Theorien ultrakonservativer Katholiken, die Reformkräfte im Vatikan seien eine Art Schwulenclub. Am 25. September gibt Papst Franziskus auf dem Rückflug von seinem Besuch in den baltischen Staaten nach Rom eine Pressekonferenz. Dann gibt es Klarheit - oder neue Rätsel.

Für manche Redaktionen sind allein die Pressegespräche auf Papstreisen ein Grund, einen Platz im Tross Seiner Heiligkeit zu buchen. Der vatikanische Pressestab schaut diesen Frageunden mit dem Papst auch mit leiser Unruhe entgegen. Denn: Was der Chef in freier Rede sagt, hat niemand in der Hand.

Kontakt mit Journalisten pflegte schon Johannes Paul II. (1978-2005). Anfangs ging er im Flugzeug durch die Reihen, scherzte, gab hier ein Statement, da ein Interview. Der Gleichbehandlung und Effizienz halber führte man ordentliche Pressekonferenzen ein. Mit fortschreitender Schwäche des Papstes wurden sie kürzer. Schließlich sandte er nur noch ein Grußwort aus der Ersten Klasse nach hinten.

Benedikt XVI. (2005-2013) ließ die Tradition wiederaufleben, allerdings mit neuem Profil. Die Pressebegegnungen, selten länger als 15 Minuten, sollten der Vorbereitung auf die Reise dienen; er hielt sie zu Beginn und wünschte eine inhaltliche Ausrichtung auf Themen des Zielandes.

Benedikt XVI. verstand die Termine als Teil seines Lehramts; um nicht unüberlegt zu antworten, wollte er die Fragen vorab sehen. Sein Presseamtsleiter Federico Lombardi wählte sie aus zuvor eingereichten Zetteln und E-Mails aus. Es riecht nach Zensur, aber die Praxis belegt, dass Lombardi journalistisch fair zu Werke ging; den Papst verschonte er nicht vor unbequemen Themen.

Freier Austausch

Franziskus hat ein anderes Konzept: freien Austausch. Damit die Pressekonferenzen sich nicht nachrichtlich vor die Reise schieben, verlegte er sie auf den Rückflug. Die Organisation übernehmen die Vatikan-Korrespondenten; den Auftakt machen Medien des Gastlandes, dann folgen Sprachgruppen - Italienisch, Englisch, Spanisch, Französisch, Deutsch.

Vatikansprecher Greg Burke bekommt vorab nur eine Liste der Fragesteller, nicht die Fragen selbst. Ob Franziskus auf den Lieblingsskuchen seiner Kindheit, den Brexit oder Diakoninnen in der frühen Kirche angesprochen wird, alles ist drin. Der Papst pariert wendig - und ausdauernd: Bis zu eineinhalb Stunden dauerten die Treffen, im Stehen und unter den nicht ganz leichten akustischen Bedingungen eines fliegenden Jets.

Immer wieder Pannen

Pannen gab es immer wieder. Schon beim besonnenen Benedikt XVI., als er 2009 auf dem Weg nach Kamerun sagte, Aids lasse sich mit Kondomen nicht besiegen - "im Gegenteil, sie vergrößern das Problem". Das vatikanische Staatssekretariat versuchte, eine stillschweigend weichgespülte Textfassung in Umlauf zu bringen; die Rettungsaktion verunglückte erwartungsgemäß.

Bei einer anderen Gelegenheit - es ging um die Exkommunikation von Politikern, die liberale Abtreibungsgesetze befürworteten - hatte Benedikt XVI. anscheinend den Fragezusammenhang nicht genau verstanden. In beiden Fällen musste Lombardi das Gesagte zurechtrücken.

Ähnliches passierte Franziskus Ende August auf dem Rückflug von Irland: Besorgten Eltern homosexueller Kinder riet er, gegebenenfalls auch psychiatrische Hilfe zu suchen. Der Vatikan strich das Wort "Psychiatrie" im Skript - und handelte sich prompt den Vorwurf der Manipulation ein.

Vielleicht war der 81-Jährige ein bisschen müde am Ende eines anstrengenden Besuchstags. Italienisch ist nicht seine Muttersprache; er stolperte etwas durch den Satzbau, und "Psychiatrie" und "Psychologie" sind schnell verwechselt.

Spiel mit hohem Einsatz

Franziskus geht unbefangen auf Journalisten zu; die meisten honorieren das mit Wohlwollen.

Aber er spielt mit hohem Einsatz: So erschöpft er sein mag, so komplex die Sachverhalte sind - was der Papst aus dem Stegreif sagt, ist schwer von Lehr- und Leitungsentscheidungen zu trennen. Der Papst bleibt oberster Hirte, Lehrer und Richter seiner Kirche. Das macht die Fragerunde mit dem Stellvertreter Christi zur speziellsten Pressekonferenz auf Erden.

Missbrauchsskandal plagt die Kirche heftiger denn je

Von Australien bis Deutschland, von Washington bis in den Vatikan wird ermittelt, Scham bekundet und nach Verantwortlichen gesucht: Papst und Kardinäle suchen Wege aus der Defensive - Von Ludwig Ring-Eifel

14.09.2018 (KAP-ID) In mehreren US-Bundesstaaten ermittelt die Justiz wegen Tausender früherer Fälle von sexuellem Missbrauch Geistlicher an Minderjährigen. In Australien steht der vatikanische Finanzminister, Kardinal George Pell, wegen Missbrauchsverdachts vor Gericht. In Rom muss sich Papst Franziskus mit dem Vorwurf auseinandersetzen, er habe den amerikanischen Kardinal Theodore McCarrick gedeckt, obwohl er gewusst habe, dass dieser einst Dutzende Seminaristen sexuell bedrängt hatte. Und in Deutschland sickern Zahlen aus einer wissenschaftlichen Studie der Bischöfe durch. Demnach wurden seit 1946 mehr als 4 Prozent der katholischen Geistlichen in Deutschland mit Missbrauch in Verbindung gebracht.

Die Reihe ließe sich fortsetzen: Irland und Chile schienen in den vergangenen Jahren geradezu epidemisch betroffen, in anderen Ländern halten sich Medien und Justiz (noch) zurück. Doch ihre lange Präsenz und ihre weltweite Struktur sorgen dafür, dass alle Zahlen bei der katholischen Kirche enorm groß erscheinen - auch die der Verbrechen in ihren eigenen Reihen. Zudem ist sie deshalb besonders anfällig, weil der Umgang unverheirateter Männer mit Kindern und Jugendlichen in Schulen, Internaten und Kirchengemeinden quasi zu ihrem Kerngeschäft gehört.

Die Schilderung der nicht selten akribisch geplanten Übergriffe ruft stets von Neuem Entsetzen, Abscheu und Ekel hervor. Hinzu tritt immer häufiger die Frage nach der Verantwortlichkeit der Oberen. Es geht um Wegsehen, Vertuschen, Aktenvernichtung und Förderung des Verbrechens durch Versetzung der Täter. Ins

Visier geraten auch frühere Personalchefs und Generalvikare, Bischöfe und Kardinäle bis hin zu den höchsten Verantwortlichen im Vatikan.

Papst Franziskus sprach am 11. September in einem etwas hilflos wirkenden biblischen Vergleich vom Satan als "dem großen Ankläger", der versuche, das gläubige Volk aufzuhetzen. Sicher war das nicht als Plädoyer gegen die Aufklärung der Straftaten gedacht, sondern eher als Appell zur Einigkeit. Doch durch das Schweigen über sein eigenes Verhalten in der Affäre McCarrick und durch eingestandene Fehler im Umgang mit der chilenischen Missbrauchskrise ist Franziskus in die Defensive geraten.

Der von ihm geleitete Kardinalsrat "K9" zur Reform des Vatikan-Aparats sah sich jetzt veranlasst, dem Papst öffentlich den Rücken zu stärken. Ähnlich wie vor eineinhalb Jahren, als sie den Papst gegen die Kritik konservativer Kardinäle an seiner eher liberalen Ehe- und Scheidungslehre in Schutz nahmen, gaben die in Rom versammelten Ratgeber ihm auch diesmal Rückendeckung. Gleich zweimal in drei Tagen bekundeten sie ihm "ihre volle Solidarität".

Offenbar war der Druck so groß, dass sie den Papst darüber hinaus auch zweimal zum Handeln drängten: Den ersten Tag der Beratungen beschlossen sie mit dem vielsagenden Hinweis, dass der Heilige Stuhl "alle nötigen Erklärungen" zu den Ereignissen der vergangenen Wochen vorlegen werde. Und am Mittwoch hieß es zum Ende der dreitägigen Beratungen, der Papst habe "nachdem er den Rat der Kardinäle gehört habe" beschlossen, eine Sonderversammlung der Vorsitzenden aller Bischofskonfer-

enzen weltweit zum Thema Missbrauch Minderjähriger einberufen.

Mit diesem Schritt kommt der Papst einer Forderung konservativer Bischöfe aus den USA entgegen. Sie hatten vorgeschlagen, die im Herbst im Vatikan geplante Jugendsynode abzusagen und stattdessen eine Sondersynode zum Thema Missbrauch einzuberufen. Etwas Ähnliches tut der Papst nun. Angesichts eines Problems, das er weder durch persönliches Charisma noch durch prägnant formulierte Interviews lösen kann, greift Franziskus auf eine seiner bekannten Reformideen zurück: Er will das

Thema auf die Ebene der nationalen Bischofskonferenzen verlagern.

Möglicherweise gelingt es ihm damit, zu verhindern, dass die Gesamtkirche durch eine anhaltende Serie von kleineren Brandherden immer wieder neu Schaden nimmt. Sein Vorgänger Benedikt XVI. erlebte in seinen drei Jahrzehnten in vatikanischen Spitzenämtern bereits die beiden ersten verheerenden Stürme des Missbrauchsskandals. Daraufhin formulierte er 2010 die bittere Erkenntnis, dass "die schlimmste Verfolgung der Kirche nicht durch ihre äußeren Feinde kommt, sondern aus den Sünden innerhalb der Kirche entsteht."

US-Justiz stößt bei Aufarbeitung von Missbrauch an Grenzen

Staatsanwälte können nur noch in wenigen Fällen ermitteln, schwierige Rechtslage aufgrund von Verjährung, Alter der Täter und komplexen Regelungen - von Bernd Tenhage

14.09.2018 (KAP-ID) Die Zahlen des 900 Seiten starken Berichts der Geschworenen von Pennsylvania sind erschreckend. Der US-Bundesstaat hat nach Auswertung einer halben Million Dokumente aus kirchlichen Archiven mehr als 1.000 Missbrauchsfälle dokumentiert. Diese reichen bis in die 1940er Jahre zurück. Ins Visier der Ermittler gerieten dabei rund 300 katholische Priester. Mehr als 100 von ihnen sind bereits gestorben, die meisten übrigen hochbetagt.

Und so mündeten die Untersuchungen in nur zwei neue Strafverfahren. Neben dem Alter der Täter sind Verjährungsfristen der Grund dafür: Die Betroffenen selbst konnten nur bis zu ihrem 30. Geburtstag Klage erheben. Die Staatsanwaltschaft kann bis zum 50. Geburtstag des Missbrauchsofers Ermittlungen aufnehmen. Wenn sich etwa ein Priester 1975 an einem 15-Jährigen verging, ist die Sache schon seit 2010 strafrechtlich endgültig verjährt.

Die Verjährungsfristen sind in den 50 US-Bundesstaaten verschieden - wie auch die Befugnisse der Generalstaatsanwälte zur Einberufung von "Grand Jurys" wie in Pennsylvania. Mit der Aufarbeitung der teils weit zurückliegenden Fälle beschreiten die Ermittler oft Neuland und bewegen sich in einer Grauzone zwischen juristischer und historischer Aufklärung.

Kein Wunder, dass der Chefankläger von Pennsylvania, Josh Shapiro, seit Veröffentlichung des Missbrauchsberichts im August viel

offiziellen Besuch erhielt. Shapiro sagt, Kollegen aus 15 Bundesstaaten hätten sich erkundigt, wie er das rechtliche Räderwerk bei den zweijährigen Ermittlungen zum Laufen bekam.

Vor allem für die Generalstaatsanwaltschaft von New York ist das Vorgehen von Interesse, weil der Bundesstaat eine vergleichbare Rechtsstruktur hat. Demnach kann Chefanklägerin Barbara Underwood erst aktiv werden, nachdem lokale Staatsanwälte in ihrem Zuständigkeitsbereich Unterlagen von den Diözesen angefordert haben.

Während sich in Pennsylvania die Diözesen Harrisburg und Greensburg zunächst weigerten, Akten an die Ermittler zu übergeben, haben alle acht Diözesen im Bundesstaat New York volle Bereitschaft zur Kooperation erklärt.

Um neue Verfolgungsmöglichkeiten zu eröffnen, werben der katholische Gouverneur von New York, Mario Cuomo, wie auch die Mehrheit der Demokraten im New Yorker Abgeordnetenhaus dafür, per Gesetz für ein Jahr ein Fenster für rückwirkende Klagemöglichkeit zu öffnen. Doch die Republikaner im Senat des Bundesstaates blockieren entsprechende Bemühungen, unter anderem wegen verfassungsrechtlicher Bedenken.

Unterdessen hat die Kirche ein freiwilliges Entschädigungssystem geschaffen. Allein die Erzdiözese New York hat nach Angaben seines Sprechers Joseph Zwilling an 278 Betroffene fast 60 Millionen Dollar ausgezahlt. Im

Gegenzug mussten diese auf jede künftige Klage verzichten.

Ähnlich verhalten sich viele Diözesen in den Staaten Nebraska, Missouri, New Jersey, New Mexico und Illinois, wo die Generalstaatsanwälte ebenfalls Ermittlungen angekündigt haben. Weitere werden voraussichtlich folgen, da der öffentliche Druck im Land erheblich ist. Selbst wenn es rechtlich in vielen Fällen kaum mehr eine Handhabe gibt, drängen Aktivisten darauf, auf diesem Umweg Licht in das düstere Kapitel institutionell vertuschten Missbrauchs zu bringen.

Zuletzt holte der Generalstaatsanwalt von Rhode Island Auskünfte in Pennsylvania ein. Darunter fand sich auch die Frage nach den dafür nötigen Ressourcen. Die Antwort offenbart die Mammutaufgabe, die auf Ermittler und Kirchen gleichermaßen wartet. Auf dem Höhepunkt beschäftigte der Bundesstaat 50 Anwälte und Fachhilfen plus 23 Geschworene, die entschieden, was in den Bericht einfluss. "Das war eine sehr komplexe, arbeitsintensive Ermittlung", warnt Shapiro seine Kollegen. Sicher wird das Thema die US-Kirche auch jenseits regulärer Strafprozesse noch über viele Jahre verfolgen.

"Ehe für alle": Regierung sucht noch gemeinsame Linie

Vorsichtige Äußerungen von ÖVP-Ministern zugunsten einer Eheöffnung, während die FPÖ nur die Verpartnerung für alle will und eine strengere Ehedefinition anstrebt

14.09.2018 (KAP-ID) Neun Monate war es still um einen Entscheid des Verfassungsgerichtshofes (VfGH), welcher der damals noch in Koalitionsverhandlungen stehenden Regierung ein Jahr Zeit für eine rechtliche Neuregelung von Paarbeziehungen in Österreich zugestand. Dann brach der Justizminister das Schweigen und eröffnete die Diskussion, die seither nicht nur von den Medien ausgetragen wird: Auch innerhalb der Koalition ist bislang noch keine gemeinsame Haltung erkennbar, was die eventuelle Einführung einer sogenannten "Ehe für alle" betrifft. Die Chronologie der vergangenen beiden Wochen zeigt, wo die Debatte derzeit hakt.

Zunächst die Ausgangslage: Die Höchstrichter hatten am 4. Dezember 2017 die unterschiedlichen Regelungen für verschieden- und gleichgeschlechtliche Paare mit Ablauf des 31. Dezember 2018 aufgehoben - und zwar so, dass gleichgeschlechtliche Paare ab dann heiraten können. Begründet wurde dies mit dem Diskriminierungsverbot des Gleichheitsgrundsatzes: Dass die Familienstands-Bezeichnung unterschiedlich sei - "verheiratet" versus "in eingetragener Partnerschaft lebend" -, könne Personen in gleichgeschlechtlicher Partnerschaft "zwangsouten" und diskriminieren. Beseitigt werden solle dieser Missstand durch die Öffnung der eingetragenen Partnerschaft (EP) für heterosexuelle Paare sowie die Ehe für homosexuelle Paare.

Ins Rollen brachte die Debatte, wie diese Erkenntnis der Richter denn nun in Gesetze zu

gießen seien, Justizminister Josef Moser (ÖVP) in einem Interview mit der "Presse" (30. August). Mit einer unerwarteten Ankündigung: Er werde dem Erkenntnis des VfGH folgen, "das besagt: Ehe für alle und Eingetragene Partnerschaft für alle", so der Minister; ein Wegfall der eingetragenen Partnerschaft würde jene, die diese "aus ihrer Sicht moderneren Variante" bereits geschlossen hätten, zum Schließen einer Ehe zwingen, begründete er. Ein Jahr zuvor im Wahlkampf hatte sich die ÖVP noch Seite an Seite mit dem nunmehrigen Koalitionspartner klar gegen die Öffnung der Ehe ausgesprochen.

Bereits am Folgetag stellte Regierungssprecher Peter Launsky-Tieffenthal klar, dass noch keine definitive Entscheidung über die Umsetzung des VfGH-Erkenntnisses gefallen sei. Die Regierung werde "die diversen Möglichkeiten prüfen und zeitgerecht darüber informieren", unter Respektierung der VfGH-Urteile. Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) erklärte, es sei Aufgabe der Bundesregierung wie auch des Parlaments, mögliche und rechtskonforme Wege einer Umsetzung der höchstrichterlichen Erkenntnisse zu finden (ORF-Sommorgespräch, 10. September).

Die FPÖ blieb bei der Position, "dass die Ehe zwischen Mann und Frau etwas ganz Besonderes ist", wie Vizekanzler Heinz-Christian Strache der "Presse" (4. September) in einem Interview betonte. Er sprach sich dabei dafür aus, nach Vorliegen eines Vorschlags der Regierung dann auch "Gespräche mit der Kirche" zu

führen. Klubobmann Walter Rosenkranz ging eine Woche später (12. September) nach der dreitägigen Klubklausur in Frauenkirchen noch einen Schritt weiter und kündigte an, die FPÖ wolle die Ehe als "Verbindung zwischen Mann und Frau mit dem klaren Willen, Kinder zu zeugen", manifestieren und die Eingetragene Partnerschaft für alle ermöglichen. Die Ehe solle auch "sachlich privilegiert" - und der Koalitionspartner ÖVP für eine derartige Regelung noch überzeugt werden.

Während man sich von türkiser Seite zum Vorschlag des Partners bislang nicht äußerte, übte sich die Opposition in reichlicher Kritik. "Verständnislos" reagierte Neos-Abgeordneter Niki Scherak auf die FPÖ-Ankündigung, die laut seiner Auffassung gegen die VfGH-Entscheidung und eine "Verhöhnung des Rechtsstaates" wäre. Der SPÖ-Parlamentsklub betonte in einer Aussendung vom 13. September, man sei für die "rasche und vollständige Umsetzung" im Sinne des VfGH, sprich: für die Öffnung der Eingetragenen Partnerschaft als auch der Ehe. Der FPÖ-

Vorstoß sei "kleingeistige Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare" und blende die Realitäten von "Patchworkfamilien, Alleinerziehenden oder gar Regenbogenfamilien" aus, ließen Justizsprecher Hannes Jarolim und der für Gleichbehandlungsfragen zuständige Abgeordnete Mario Lindner wissen.

Von Kirchenseite schalteten sich in der Debatte bislang die Juristin Stephanie Merckens, der Katholische Familienverband wie auch die Arbeitsgemeinschaft Katholischer Verbände ein, jeweils mit Plädoyers für eine Gesetzesreperatur per Öffnung allein der Eingetragenen Partnerschaft. Verfassungsjuristen äußerten hingegen Skepsis zu dem FPÖ-Vorschlag: Ein Festschreiben des Willens zur Kinderzeugung im Ehegesetz wäre als Eingriff in die Privatsphäre "verfassungswidrig" und der Spielraum "sehr klein", kam etwa Theo Öhlinger im "Kurier" (12. September) zum Schluss. Diskriminierung zu vermeiden - das Ansinnen des VfGH - sei durch neuerlich ausgesprochene Diskriminierung kaum möglich.

"Standard": In Österreich mehr Orthodoxe als Muslime

Zeitung vermutet nach Recherchen bei griechisch-orthodoxer Metropolis bis zu 800.000 Orthodoxe im Land

14.09.2018 (KAP-ID) "Der Standard" hat die Orthodoxie als relevante religiös-kulturelle Komponente der österreichischen Gesellschaft entdeckt. "In Österreich leben mehr Orthodoxe als Muslime" titelte die Zeitung in ihrer Ausgabe vom 13. September. "Allerorts wird über die muslimische Bevölkerung debattiert. Dabei hat sich im Stillen die Orthodoxie zur zweitstärksten religiösen Gemeinschaft in Österreich entwickelt," hieß es.

Mit der großen Fluchtbewegung in den vergangenen Jahren sei insbesondere der Islam als Religion der Zuwanderer in den Fokus gerückt. Doch das in der breiten Öffentlichkeit bestehende Bild trüge. In Österreich leben zwar rund 700.000 Muslime (Stand 2017), doch die Zahl der Angehörigen der Ostkirche sei deutlich höher. Die letzten offiziellen Zahlen stammten demnach aus dem Jahr 2014, damals sei von etwa 500.000 Orthodoxen in Österreich die Rede gewesen. Das Problem: Nachdem weder durch die Volkszählung die genauen Daten erhoben werden können, noch die orthodoxen und orien-

talischen Kirchen einen Mitgliedsbeitrag einheben, sind präzise Aussagen schwer.

Nach Rücksprache mit dem Sekretariat des griechisch-orthodoxen Metropoliten Arsenios (Kardamakis) kann die Zahl der Orthodoxen in Österreich laut "Standard" aber mit mindestens 750.000 bis 800.000 angenommen werden.

In Oberösterreich etwa habe die Stiftung Pro die Zahlen relativ genau erhoben. Man verzeichnete einen Zuwachs von 45.990 Orthodoxen (2010) auf 56.285 (2016): ein Plus von 22 Prozent. "Der Anstieg ist für ganz Österreich höher anzusetzen", erläuterte Florian Wegscheider von Pro Oriente im "Standard"-Gespräch. Insbesondere würden derzeit viele rumänisch-orthodoxe Gläubige nach Mitteleuropa kommen. Wegscheider: "Die größte Gruppe der Zuwanderer waren mit 50 Prozent in den letzten Jahren Rumänen. Die werden aber oft nicht als klassische Migranten wahrgenommen, da sie sich im EU-Binnenraum bewegen."

Laut der Akademie der Wissenschaften liegt der Grund für diese Menschenbewegungen

in einer immensen Landflucht auf dem Balkan, vor allem in Rumänien. Mit dem Zuzug aus dem ländlichen Raum würden sich aber in Österreich konkrete Probleme auftun. "Es kommen meist sehr einfache und vor allem konservative Menschen zu uns. Damit offenbart sich ein Integrationsproblem in Österreich", so Wegscheider. In den Gemeinden gebe es oft Sprachbarrieren: "Und oft werden schon zwei Gottesdienste angeboten - einer auf Deutsch, einer auf Rumänisch."

Der Pro Oriente-Vertreter warnte vor der Entstehung von Subkulturen: "Es braucht viel an Integrationsarbeit." Nachsatz: "Früher konnte man die Orthodoxen als Minderheit ignorieren, heute geht das nicht mehr." Vor allem aber brauche es auch neuen Kirchenraum. Viele der Gemeinden hätten keine eigenen Gotteshäuser oder Gemeindezentren und seien in katholischen Filialkirchen aktiv.

Religiosität der Muslime

Somit genug der Orthodoxen und der "Standard" wandte sich wieder den Muslimen zu. "Die Faustregel besagt, dass mehr als 80 bis 90 Prozent der Flüchtlinge, die in den Jahren 2015 und 2016 nach Österreich gekommen sind, eine muslimische Religionszugehörigkeit haben", wurde Ernst Furlinger, katholischer Theologe und Leiter des Zentrums Religion und Globalisierung an der Donau-Universität Krems zitiert. Genaue Daten über den Glauben der Flüchtlinge gebe es nicht. Aussagen würden daher mit Rückgriff auf die religiöse Zusammensetzung der Bevölkerung in den Herkunftsländern getroffen.

Immerhin gebe es Umfragen, wie diese Menschen ihre Religiosität begreifen. Für die Studie "Displaced Persons in Austria Survey 2015" wurden 800 Flüchtlinge befragt, auch darüber, wie religiös sie sich selbst einschätzen. Das Ergebnis: 40 Prozent der Befragten sehen sich in der Mitte zwischen den Polen sehr religiös und atheistisch. Zwanzig Prozent bezeichneten sich in der Befragung als gar nicht religiös, elf Prozent als sehr gläubig. Furlinger: "Es ist interessant, dass die Gruppe der Atheisten doppelt so groß ist wie jene der Strenggläubi-

gen." Er wies auch darauf hin, dass laut Umfragen 91,3 Prozent der befragten Flüchtlinge die Demokratie für die ideale Staatsform halten und 84,8 Prozent die Trennung von Staat und Religion befürworten. "Es sind keine Islamisten, die da kommen", sagte der Experte. Aber man höre leider mehr jene, die die Islam-Panik verbreiten, "die heute wahlentscheidend politisch instrumentalisiert wird, sei es in den USA, Ungarn oder Österreich".

Für den Theologen steht außer Streit, dass sich die "religiöse Landschaft in Österreich natürlich verändert hat". Das Einwanderungsland, das keines sein wolle, sei noch bunter geworden. Im Jahr 2016 hätten sich geschätzte 75.000 muslimische Flüchtlinge in der Grundversorgung befunden. Diese Gruppe komme nun zu den bestehenden Communitys hinzu und verändere auch die innermuslimische Struktur: "Die ersten Zuwanderer kamen aus dem türkisch-muslimischen Kontext als Gastarbeiter ins Land, später kamen die bosnischen Muslime. Da heute hauptsächlich arabische Muslime hinzukommen, verstärken sie auch die innerislamische Pluralität", erklärte Furlinger. Das habe auch längerfristig auf die so und so schon heterogene muslimische Bevölkerung Auswirkungen.

Christen und Jesiden

Man dürfe auch nicht vergessen, dass die vielen östlichen Christen, die aus dem arabischen Raum nach Österreich gekommen sind, das Christentum im Land bereichern, sagte Furlinger weiter und er wies auch auf die wenig beachtete Glaubensgemeinschaft der Jesiden hin. Eine Schätzung aus dem Jahr 2014 gehe von 700 Jesiden in Österreich aus. "Das sind sicher auch etwas mehr geworden", so Furlinger. Eigentlich müsste diese Zahl auffallend größer sein, schließlich war das jene Gruppe, die von der Terrorgruppe IS am brutalsten verfolgt worden sei. Furlinger: "Da hätte Österreich über humanitäre Kontingente viel mehr aufnehmen müssen. Insofern ist die kleine Zahl traurig."

Parlamentariern Kugler für Einsatz für Menschenrechte geehrt

ÖVP-Nationalrätin erhielt den "Saint Thomas More Freedom Advocacy Award"

14.09.2018 (KAP-ID) Die Nationalratsabgeordnete Gudrun Kugler hat für ihr Engagement für Menschenrechte den "Saint Thomas More Freedom Advocacy Award" erhalten. Wie die ÖVP-Politikerin Anfang September auf ihrer Website berichtete, verlieh ihr das "International Catholic Legislators Network" (ICLN) den Hauptpreis für ihr Engagement für den Schutz von Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Kugler ist Menschenrechts-sprecherin ihrer Partei und konnte schon zuvor als Wiener Gemeinderätin Akzente setzen.

Konkret wirkte Kugler in den Jahren 2016 und 2017 federführend mit, dass die Stadt Wien die Verbrechen des Islamischen Staates als "Völkermord" oder auch den illegalen Organhandel in China verurteilte. In ihrer Ende 2017 aufgenommenen Tätigkeit im Nationalrat setzte sie sich für die Anerkennung von glaubwürdigen Konversionen im Asylverfahren ein.

Bereits vor ihrer Zeit als Abgeordnete hatte Kugler gemeinsam mit ihrem Mann das "Dokumentationsarchiv der Intoleranz gegen Christen in Europa" gegründet. Diese Forschungsstelle dokumentiert Fälle von Marginalisierung und rechtlichen Einschränkungen in Europa und veröffentlicht regelmäßige Analysen dazu.

Der Thomas-Morus-Preis wurde erstmals im Jahr 2017 vergeben, damals an den britischen Abgeordneten Lord David Alton, der für seinen Einsatz für verfolgte Christen in Ländern wie Burma, Nordkorea weltweit bekannt ist. Mitglieder des Steuerungskomitees des dahinter stehenden ICLN sind die Politiker Thomas Mwadeghu (Kenia), Luis Peral Guerra (Spanien), Jeff Fortenberry (USA), Miroslav Mikolasik (Slowakei), Lukas Mandl (Österreich), Vicki Dunne (Australien), Mantas Adomenas (Litauen) und José Bullrich (Argentinien).

Historiker: Katholiken wurden wie Muslime heute diskriminiert

Einst hatte in Deutschland die protestantische Mehrheit der katholischen Minderheit die Bildung einer "Parallelgesellschaft" vorgeworfen

14.09.2018 (KAP-ID) Die deutschen Historiker Thomas Großbölting und Daniel Gerster sehen Parallelen zwischen einer früheren Diskriminierung von Katholiken und der heutigen Ausgrenzung von Muslimen. Im 19. Jahrhundert habe man Katholiken vorgeworfen, sich abzuschotten und eine Parallelgesellschaft zu bilden, erläuterten die Wissenschaftler von der Universität Münster am 11. September. Beim Vorwurf der Bildung einer Parallelgesellschaft habe es sich jedoch um einen politischen Kampfbegriff der protestantischen Mehrheit gehandelt, der nur in geringem Maß zutreffend gewesen sei.

"Mit dem Begriff Parallelgesellschaft drückt die deutsche Mehrheitsgesellschaft seit Jahrzehnten die Fremdheit aus, die sie gegenüber Migranten empfindet, und auch ihre Vor-

stellungen von der richtigen Gesellschaft", so Großbölting. So ähnele die Kritik an den Katholiken damals jener an den Muslimen heute. Auch diesen werfe man vor, sie könnten und wollten sich nicht integrieren. Allerdings seien die Muslime im Vergleich zu den Katholiken damals eine deutlich kleinere Minderheit. Zudem brächten Muslime ihre Einwanderungsgeschichte mit und sprächen Deutsch häufig nicht als Muttersprache.

Zum Thema "Katholiken damals - Muslime heute. Religiöse Parallelgesellschaften im Vergleich" findet am 27. September ein interdisziplinäres Streitgespräch auf dem 52. Deutschen Historikertag in Münster statt. Zu dem Historikertag vom 25. bis 28. September in Münster werden 3.500 Experten erwartet.

Kirchliche Besitzergreifung: Bartholomaios bestellt zwei Exarchen

Was es mit dem Schritt des Ökumenischen Patriarchats für die Ukraine auf sich hat und weshalb das Moskauer Patriarchat so scharf reagiert

14.09.2018 (KAP-ID) Patriarch Bartholomaios I. hat am 7. September zwei Exarchen des Ökumenischen Patriarchats von Konstantinopel für die Ukraine bestellt. Seither herrscht zwischen den Patriarchaten von Moskau und Konstantinopel Eiszeit. Das Moskauer Patriarchat und die zum Patriarchat gehörende ukrainisch-orthodoxe Kirche haben mit Empörung reagiert und mit einer Kirchenspaltung gedroht. - Doch weshalb diese extrem scharfen Reaktionen und was sind "Exarchen"?

Mit dem Titel "Exarch" sind in der griechisch-orthodoxen Kirche, aber auch bei den byzantinischen Ostkatholiken verschiedene Funktionen verbunden. Zunächst leiten Exarchen provisorische Kirchenverwaltungen, die noch keine Diözesen sind. Sie entsprechen den Apostolischen Administratoren bzw. Vikaren des römischen Kirchenrechts. So ist beispielsweise der Metropolit von Austria, Arsenios Kardamakis, gleichzeitig auch Exarch von Ungarn.

Als Exarchen werden auch die ständigen Vertreter orthodoxer Kirchen untereinander bezeichnet, wie sie etwa das Patriarchat von Jerusalem in Istanbul, Moskau, Athen oder auf Zypern eingerichtet hat. Das Kollegium einer "Exarchia" wird zur Lösung örtlicher Probleme im eigenen Jurisdiktionsgebiet entsandt, z.B. vom Phanar auf den Berg Athos.

Exarchien dienen aber auch der Kontaktierung orthodoxer Schwesterkirchen in wichtigen gemeinsamen Angelegenheiten. So war zwischen Mai und August eine Konstantinopler Exarchia zwischen Tiflis, Belgrad, Athen, Bukarest und zuletzt Moskau unterwegs, um die ukrainische Kirchenfrage abzuklären.

Die beiden Exarchen von Bartholomaios I. in Kiew gehören zur dritten und zur ersten Kategorie: Sie haben der Gründung einer geeinten und autokephalen Ukrainischen Orthodoxen Kirche den Boden zu bereiten, fungieren aber zwischenzeitlich in Kiew als Administratoren Konstantinopels, das die Ukraine bis zur

Autokephalie als eigenes, direktes Jurisdiktionsgebiet handhabt. Da die Russische Orthodoxe Kirche denselben Anspruch erhebt, hat der kirchenpolitische Machtkampf von Moskau und dem Phanar um die Ukraine damit einen Höhepunkt erreicht.

Die beiden neuen Exarchen kommen aus der ukrainischen Diaspora des Ökumenischen Patriarchats. Es handelt sich um Daniel Zelinskyj, Titularerzbischof von Pamphilos in der europäischen Türkei mit Sitz in Chicago, und den Bischof von Edmonton in Kanada, Hilarion Rudnik. Beide sind nicht im Exil aufgewachsen, sondern haben ihre Jugend in der Westukraine verbracht, Rudnik in Lemberg und Zelinskyj bei Ternopil. Letzterer gehörte zunächst zur Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche, an deren Seminar in Ivano-Frankivsk und an der Katholischen Universität Washington er studiert hatte. Erst in den USA schloss er sich Konstantinopel als Mutterkirche aller Ukrainer - einschließlich der mit Rom "Unierten" - an.

Beide Exarchen haben schon bisher bei den Bemühungen des Ökumenischen Patriarchats um die ukrainische Autokephalie eine wichtige Rolle gespielt. Jetzt wird es in Kiew ihre erste Aufgabe sein, Kontakt mit den drei getrennten orthodoxen Kirchen der Ukraine und wohl auch mit dem griechisch-katholischen Großserzbischof Swjatoslaw Schewtschuk aufzunehmen.

Patriarch Bartholomaios hat damit aus Sicht des Ökumenischen Patriarchats eine neue bzw. einzig legitime kirchliche Jurisdiktion in der Ukraine errichtet. Aus Sicht des Moskauer Patriarchats hat er damit aber einen unerhörten illegalen Schritt in einem kirchlichen Jurisdiktionsgebiet gesetzt, für das er nicht zuständig ist, und realistisch betrachtet, neben den bereits bestehenden drei orthodoxen Kirchen in der Ukraine zumindest mittelfristig eine weitere geschaffen.

Anglikanische Kirche wegen Amazon-Beteiligung in Kritik

Vorwurf der Scheinheiligkeit an Erzbischof Justin Welby, der zuletzt vor Gewerkschaftern die Steuervermeidung und Arbeitsbedingungen beim Versandriesen angeprangert hatte

14.09.2018 (KAP-ID) Der anglikanische Erzbischof Justin Welby steht wegen der Sozial- und Finanzpolitik seiner Kirche in der Kritik. Die BBC berichtete am 14. September, die Kirche von England investiere in den Online-Versandhändler Amazon und gehe mit einigen Beschäftigten Nullstundenverträge ein. Welby sieht sich nun dem Vorwurf der Scheinheiligkeit gegenüber, da er noch am Mittwoch bei einer Rede vor dem Gewerkschaftskongress "TUC" Amazons Strategie der Steuervermeidung und die dortigen Arbeitsbedingungen scharf kritisiert hatte.

Konkret hatte der Erzbischof erklärt: "Wenn große Unternehmen wie Amazon und andere Online-Händler, die neuen Industrien, fast keine Steuern bezahlen müssen, stimmt etwas mit dem Steuersystem nicht." Ein "grundlegendes Umdenken" in der Wirtschaft sei nötig - einschließlich höherer Steuern auf Technologie-Giganten und Reiche. Scharf hatte er auch Nullstundenverträge angegriffen: Sie schüfen Abhängigkeiten und seien "eine Reinkarnation des alten Bösen", so der Anglikaner-Primas.

Laut britischen Medien hat die Kirche von England derzeit aber selbst mehrere Ausschreibungen für Nullstundenverträge laufen. Das Besondere solcher Verträge besteht darin, dass der Beschäftigte nur dann tätig werden soll, wenn der Arbeitgeber einen entsprechenden Bedarf hat. Damit sind sie für den Arbeitgeber wirtschaftlich vorteilhaft, für die Beschäftigten jedoch unsicher. "Zero-hours contracts" sind insbesondere in Großbritannien weit verbreitet.

In einer ersten Stellungnahme sagte ein Sprecher der Kirche von England, dass Null-

stundenverträge "nicht das gegenwärtige Denken widerspiegeln" und man diese "als verantwortungsvoller Arbeitgeber überprüfen" werde. Steuervermeidung großer Unternehmen sei zwar ein ethisches Problem, man sei aber der Ansicht, dass man mit diesen Unternehmen im Dialog bleiben müsste, sagte er mit Blick auf Amazon. Man könne "als aktiver Aktionär eher Wandel anstreben", als wenn man diesen Unternehmen den Rücken zukehre, so der Sprecher.

Die "Times" veröffentlichte am Freitag den Brief eines Lesers, der angab, selbst mit einem Nullstundenvertrag in einem Buchladen einer Kathedrale gearbeitet zu haben. Welby hätte statt seiner Kritik besser "vor seiner eigenen Haustür gekehrt", hieß es. Es stelle sich die Frage, wie viele der Angestellten der Kirche ebenfalls keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, bei Urlaub oder Schwangerschaft hätten.

Die anglikanische Kirche erzielte 2017 eine Rendite von 18,6 Prozent auf globale Aktien. Der Jahresbericht 2017 der "Church Commissioners", der sich mit den Investitionen der Kirche befasst, ergab, dass Amazon eine der 20 weltweit führenden Aktieninvestments war. In einer Erklärung der Kirche dazu heißt es: "Wir betrachten aggressive Steuerumgehung oder missbräuchliche Steuerregelungen sowohl als Geschäftsrisiko als auch als ethisches Problem." Man arbeite weiterhin mit anderen Aktionären zusammen, um dieses Problem durch Engagement mit Unternehmen und ihren Managern anzugehen.

Initiative gegen Förderung von Katholikentag in Erfurt

Finanzierungs-Streit der katholischen Großereignisse von Leipzig und Münster droht sich zu wiederholen

14.09.2018 (KAP-ID) Gegen den Förderbeschluss des Erfurter Stadtrats für einen Katholikentag im Jahr 2024 formiert sich Widerstand. Wie eine Bürgerinitiative "Erfurt zahlt nicht! - Erfurt bleibt weltanschaulich neutral" am 12. September ankündigte, will sie bei der Stadtverwaltung

die Zulassung eines Bürgerbegehrens beantragen. Sie wendet sich gegen eine "verfassungswidrige Subventionierung von Kirchen- und Katholikentagen".

Der Stadtrat beschloss vor einer Woche die Förderung eines Katholikentags mit 600.000

Euro. Ob das Christentreffen in sechs Jahren in Thüringens Landeshauptstadt stattfindet, entscheidet das Zentralkomitee der deutschen Katholiken im November. Es veranstaltet die Großevents mit mehreren zehntausend Teilnehmern in der Regel alle zwei Jahre.

Nach Angaben der Bürgerinitiative hat die Stadt vier Wochen Zeit, über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens zu befinden. Wenn sie ihre Erlaubnis erteile, dürften die erforderlichen 7.000 Unterschriften gesammelt werden, um einen Bürgerentscheid zu ermöglichen. In Thüringen müssen sieben Prozent der Stimmberechtigten einer Gemeinde das Bürgerbegeh-

ren unterstützen, damit ein Bürgerentscheid möglich wird.

Nach Angaben der Initiative haben mehrere Organisationen ihre Unterstützung für das Bürgerbegehren angekündigt, darunter die Piratenpartei Erfurt, die Linksjugend [solid] Erfurt, der Thüringer Landesverband der Partei der Humanisten, die Regionalgruppe Mittelthüringen der Giordano-Bruno-Stiftung sowie die Kunstaktion "11. Gebot: Du sollst Deinen Kirchentag selbst bezahlen!". Bei den vorangegangenen Katholikentagen in Leipzig (2016) und Münster (2018) hatte es ebenfalls Streit über Höhe und Form der städtischen Unterstützung gegeben.

Deutsche Diözese wirbt mit Negativ-Sprüchen für ihre Angebote

Bischof Genn will mit Slogans wie "Finden nicht alle gut" oder "nichts für Warmduscher" verlorengegangenes Vertrauen zurückgewinnen

14.09.2018 (KAP-ID) Provokant wirbt derzeit Deutschlands zweitgrößte Diözese, Münster, für die Angebote der Kirche. Mit dem Ziel, "verloren gegangenes Vertrauen der Menschen" zurückzugewinnen, wurde eine professionell erstellte Plakatserie gestartet. Darauf finden sich Sprüche wie "Finden nicht alle gut" - zum Foto eines müden Schülers, um kirchliche Schulen zu bewerben, oder wie "Läuft nicht immer" - zum Bild eines vom Dreirad gestürzten Kleinkinds, das auf die diversen Eltern-Kind-Angebote aufmerksam machen soll.

"Gezeigt wird nicht, wie toll die Angebote der katholischen Kirche in der Diözese sind. Vielmehr werden vermeintliche Nachteile - das berühmte Haar in der Suppe, das immer jemand findet - in den Mittelpunkt gestellt", verdeutlichte Jochen Huppertz, Geschäftsleiter der federführend tätigen Agentur "Castenow". Die Kampagne liefere damit "das Gegenteil von dem, was man von der Kirche erwarten würde".

Weitere Inhalte der Kampagne: "Leider nicht 24h offen" - als Hinweis auf die Kindertagesstätten, "Manchmal leider zu spät" - ein mit einem Mann in Katerstimmung bebildeter Verweis auf die Familienberatung, ein unter der Bettdecke lesender Junge, der mit der Über-

schrift "Rauben Kindern den Schlaf" die kirchlichen Büchereien bewirbt, sowie "Nichts für Warmduscher": Ein schreiendes, eben getauftes Kleinkind, mit Verweis auf das christliche Initiationssakrament.

Durchaus will die Diözese damit auch den alarmierenden Umfrageergebnissen von 2015 etwas entgegensetzen: In einer repräsentativen Erhebung unter 1.000 Katholiken zeigte sich damals nicht nur eine insgesamt sehr hohe Unzufriedenheit mit der Kirche, sondern auch großes Unwissen darüber, welche der gerne genutzten Angeboten nun von der katholischen Kirche seien und welche nicht, erklärte Ortsbischof Felix Genn. Insgesamt gebe es einen "schmerzlichen Vertrauensverlust".

Die Markenentwicklung verstehe man als Prozess "einer inhaltlichen Selbstvergewisserung der eigenen Identität", so Bischof Genn weiter. Die Diözese Münster habe im Außenauftreten einiges verändert, darunter auch die Wortbildmarke, die nun von vielen katholischen Einrichtungen übernommen werden soll. Mit der Kampagne wolle man auch auf die neuen Schwerpunkte in der Seelsorge und die neuen Leitungsstrukturen in den Gemeinden hinweisen.

Ebadi: Iranisches Regime wird früher oder später fallen

Friedensnobelpreisträgerin: Starke Inflation und Panik der Bevölkerung wie "schiefe Wand, die jeden Augenblick einstürzen kann" - Aufkündigung des Atomabkommens durch die USA jedoch ein "Fehler"

14.09.2018 (KAP-ID) Die iranische Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi rechnet mit einem Aufbegehren ihrer Landsleute gegen das System der Islamischen Republik. "Die heutige Lage kann keinen Bestand haben. Sie ähnelt einer schiefen Wand, die jeden Augenblick einstürzen kann", sagte die Juristin und Menschenrechtlerin der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (11. September). Eine kritische Masse sei zwar noch nicht erreicht. "Sie wird aber jeden Tag größer. Der Rial verliert katastrophal an Wert, die Iraner sind in Panik."

Unter Präsident Hassan Rohani habe sich die Lage der Wirtschaft wie der Menschenrechte seit 2013 verschlechtert, so Ebadi. Mehr als tausend, vielleicht 2.000 Menschen säßen in politischer Haft. Ihnen werde die Verbreitung von Lügen, Spionage und der Verstoß gegen die nationalen Interessen des Iran vorgeworfen, sagte die Menschenrechtlerin, die selbst aus dem Iran emigrierte.

Die Hauptgründe für die massenhafte Unzufriedenheit sind Ebadi zufolge die wirtschaftlichen Probleme sowie große Unterschlagungen. "Die Klassenunterschiede sind sehr groß geworden." Nach Angaben der UNESCO habe der Iran die weltweit höchste Abwanderung von Akademikern. "Ich bin überzeugt davon, dass es die Islamische Republik eines Tages nicht mehr geben wird. Diese Situation ist unhaltbar", sagte sie.

Allerdings sprach sie sich dagegen aus, von außen einen Regimewechsel herbeiführen zu wollen, wie von US-Präsident Donald Trump angepeilt. Die Aufkündigung des Atomabkommens durch die USA und die Verhängung von Sanktionen bezeichnete sie als Fehler. "Jetzt kann die iranische Regierung die Sanktionen für die Armut im Land verantwortlich machen." Es sei erwiesen, dass der Iran nicht gegen das Abkommen verstoßen habe.

Wie nigerianische Prediger junge Frauen zur Prostitution zwingen

In Nigeria, wo Kirchen vielen Menschen Halt und Identifikation bieten, wird dieses Vertrauen auch ausgenutzt: Ausgerechnet Pastoren arbeiten nicht selten mit Menschenhändlern zusammen - Von Katrin Gänsler

14.09.2018 (KAP-ID) Glory trägt ein hellbraunes T-Shirt und enge Jeans. Die Haare der jungen Frau sind zu sorgfältigen dünnen Zöpfen geflochten. Nach Benin City, Hauptstadt des Bundesstaates Edo im Südosten Nigerias, hat sie zwei Stunden gebraucht. Den Namen ihres Heimatdorfs will sie nicht nennen, auch nicht ihren richtigen Namen. Die Angst, dass man dort erfährt, was sie im vergangenen Jahr in Deutschland erlebt hat, ist zu groß.

Eingeweiht sind nur ihre Mutter und das Komitee zur Unterstützung der Würde von Frauen (CUSODOW) - eine Hilfsorganisation des Ordens der Barmherzigen Schwestern vom heiligen Vinzenz von Paul. Glory schämt sich, dass sie Menschenhändlern auf den Leim ging - und schlimmer: Es war ausgerechnet eine Pastorin, mit deren Hilfe sie in verschiedenen Bor-

dellen in Nordrhein-Westfalen zur Prostitution gezwungen wurde.

Als sie 2017 ihre Ausbildung zur Krankenschwester machte, erhielt Glory das Angebot, in Europa zu arbeiten. Anfangs war sie misstrauisch, da es sich bei solchen Angeboten um eine gängige Praxis von Schleppern handelt. Vor allem im Bundesstaat Edo, der eine lange Migrationstradition hat, werden seit Jahrzehnten jungen Frauen Jobs und Perspektiven in Italien, den Niederlanden oder Deutschland versprochen. Tatsächlich werden sie dort zwangsprostituiert.

"Ich habe lange mit meiner Mutter darüber gesprochen. Aber weil das Angebot von der Kirche kam, willigte ich ein." Eine Pastorin, die sie einige Male über eine Freundin getroffen hatte, hatte sie angerufen. Über einen Kontaktmann wurde ein Schengen-Visum für Griechen-

land besorgt. "Als ich in der Botschaft war, wurden ein fremder Mann und ich als Paar ausgegeben. Niemand schöpfte Verdacht, und wir bekamen das Visum", erinnert sich Glory. In Griechenland stieg sie in einen Anschlussflieger nach Deutschland.

Abieyuwa Oyemwense, Geschäftsführerin der 2017 gegründeten Spezialeinheit zur Bekämpfung des Menschenhandels in Edo, bestätigt, dass unter den Menschenhändlern immer wieder Prediger sind. Konkrete Zahlen hat sie nicht. Ohnehin ist nicht klar, wie viele Menschen jedes Jahr die Region verlassen. Laut Internationaler Organisation für Migration (IOM) sind seit 2017 allein knapp 10.000 gestrandete Nigerianer aus Libyen zurückgekehrt. Oyemwense: "Die große Stärke der Einheit ist, dass wir ermitteln und mutmaßliche Täter strafrechtlich verfolgen können." Egal, ob Pastor oder Familienvater, jeder solle belangt werden.

Das geschieht bislang aber nur selten. Ab und zu wird über besonders spektakuläre Fälle berichtet. Im Bundesstaat Kaduna wurde zu Jahresbeginn ein Pastor des Menschenhandels innerhalb Nigerias für schuldig befunden. Er muss für 14 Jahre ins Gefängnis. 2017 brach in Benin City eine junge Frau ihr Schweigen. Sie war jahrelang in Russland festgehalten worden. Organisiert hatten das ebenfalls ein Prediger und seine Schwester.

Vor einigen Monaten sagte zwar die Christliche Vereinigung Nigerias (CAN), Dachverband der christlichen Kirchen: Jeder Pastor, der in den Menschenhandel verstrickt ist, ist kein

Pastor mehr. Hilfsprojekte, etwa für Opfer, haben aber die wenigsten Kirchen. Augustine Obiora Akubeze, Erzbischof von Benin City und Präsident der katholischen Bischofskonferenz von Nigeria, hält die Möglichkeiten der Kirche für begrenzt - außer über Menschenhandel aufzuklären.

Wirtschaftliche Not ist weiterhin ein Hauptgrund, warum viele nach Europa wollen. 2016, als Afrikas größte Volkswirtschaft ihre stärkste Rezession seit Jahrzehnten erlebte, zählte allein Italiens Innenministerium laut IOM mehr als 11.000 Nigerianerinnen, die über das Mittelmeer in Italien ankamen - so viele wie nie zuvor.

Auch Glory wollte für sich, ihren neunjährigen Sohn und die Mutter ein besseres Leben. Doch als sie in Deutschland ankam, hieß es, sie müsse 50.000 Euro zurückzahlen. Anfangs war ihr gar nicht klar, wie hoch diese Summe ist. Ihre Peiniger drohten, der Familie in Nigeria etwas anzutun, sollte sie sich weigern und fliehen wollen. Als sie zum zweiten Mal von der Polizei aufgegriffen wurde, wurde sie abgeschoben.

Mittlerweile hat sie einen Job gefunden, der zum Überleben reicht, aber nicht, um Zukunftspläne zu schmieden. Sie würde gern "einen Mann finden, eine Familie gründen, ein normales Leben führen". Ob sie denn dem richtigen Partner ihre ganze Lebensgeschichte erzählen würde? Glory schüttelt den Kopf. "Diese Schande ist zu groß."

Die Macht der Taten, die Vollmacht der Worte

Protestantischer Kirchenhistoriker Volker Leppin zeigt in neuer Biographie über Franz von Assisi, dass die fromme Überlieferung über den Heiligen nicht immer richtig liegt - Von Christiane Laudage

14.09.2018 (KAP-ID) Franz von Assisi ist einer der populärsten Heiligen der katholischen Kirche; er wird auch über die Konfessionsgrenzen verehrt. Er führte ein Leben in Armut, wünschte den Menschen den Frieden, sprach mit den Tieren und mahnte zur Bewahrung der Schöpfung. Dieses Vorbild bewegte Jorge Mario Bergoglio, als er im Konklave 2013 zum Papst gewählt wurde, den Namen Franziskus anzunehmen.

Der evangelische Kirchenhistoriker Volker Leppin hat sich in seinem neuen Buch auf die Suche nach Franz von Assisi begeben. Und was hat er dabei festgestellt? Offensichtlich war Franziskus zuweilen ganz anders, als es seine frühen Biografen wie Thomas von Celano oder der spätere Ordensgeneral Bonaventura überliefert haben. Sie wollten gar nicht das Leben des Heiligen schildern, wie es war, sondern wie es sein sollte und dem Orden dienlich war.

1181 oder 1182 in Assisi als Sohn aus gutem Haus geboren, übernahm Franziskus zunächst die Normen seiner Eltern. Leppin schildert Franziskus' Jugend als eine große Diskrepanz-erfahrung: Der Vater von Franziskus war ein Repräsentant jener Aufsteigerschicht der Kaufleute, die ihr Leben dem Geldverdienen verschrieben. Diese Erfolgsgeschichte erschütterte aber die hergebrachte soziale Ordnung in Assisi.

In dem Generationenkonflikt, den Vater und Sohn mit großer Härte austrugen, ging es eben um Geld und Besitz, um Dinge, die der junge Franziskus nach einer längeren Zeit der Bekehrung als nicht mehr sinnstiftend empfand. Das alles gipfelte spektakulär in einem öffentlich ausgetragenen Bruch: Indem Franziskus seinem Vater die Kleider vor die Füße warf, erteilte er dessen Leben und Werten eine totale Absage und verließ die bürgerliche Gesellschaft.

Aus dem Bruch entwickelte sich ein Aufbruch: Als charismatischer Bußprediger mit einer klaren Ausrichtung auf die Nachfolge Christi sammelte Franziskus schon bald eine Schar von Gefährten um sich. Die Menschen begriffen ihn als Wundertäter - und als solcher wird er in den frühen Biographien dargestellt: "Der Geist Gottes lag auf ihm und gab ihm die Macht der Taten und die Vollmacht der Worte."

Franz, der sein Leben an der Seite der Ausgestoßenen verbrachte, sah sich nicht außerhalb der Kirche, sondern mitten in ihr, auch wenn die Kirche reich war und ihre Repräsentanten nicht immer höchsten Anforderungen genügten. Für den Theologen Leppin ist es modernes Wunschdenken, in dem umbrischen Hei-

ligen einen Kirchenkritiker zu sehen, denn Franziskus war kirchenkonform und lebte im Gehorsam zu seiner Kirche. Das war der Schlüssel zum Erfolg, deswegen wurde über dem Grab des Heiligen in Assisi eine große Wallfahrtskirche gebaut, während andere Wanderprediger als Ketzer auf dem Scheiterhaufen endeten.

Nicht nur, dass er kein Kirchenrebell war: Seine Biographie weist auch verstörende, irritierende Details auf. Als Franziskus 1219 in den Nahen Osten aufbrach, wurde er, der Friedensstifter, Teil der Kreuzzugsbewegung. Sein Ziel war die Bekehrung der Muslime, nicht ein ökumenischer Dialog der Religionen. Dabei ging er mit einem an Selbstverachtung grenzenden Mut vor, für Gott bis in die äußerste Gefahr zu gehen und das Martyrium nicht zu scheuen, so Leppin.

Nach seiner Rückkehr aus Ägypten legte er die Ordensleitung in andere Hände, weil er krank war und überfordert. In seinem Testament forderte er noch einmal zu Gehorsam gegenüber der Kirche auf, bevor er am 3. Oktober 1226 starb, nackt auf einem Büßergewand liegend, mit Asche bestreut als Zeichen dafür, dass er selbst bald zu Asche und Staub werden würde.

Bereits zwei Jahre nach seinem Tod wurde Franziskus heilig gesprochen. Bis heute übt er eine ungebrochene Faszination aus, so dass sein Leben immer wieder neu interpretiert wurde - bis hin zum Ökologen und Friedensstifter. (Buchinfo: Volker Leppin, Franziskus. Der Heilige aus Assisi, Verlag wbg Theiss, Darmstadt 2018, 368 Seiten, 29,95 Euro)

Ein intensives, aber kurzes Leben für die Freiheit

"Ganz leben oder gar nicht" war das Motto des Medizinstudenten Hans Scholl. Seinen Widerstand gegen das NS-Regime bezahlte das Mitglied der "Weißen Rose" mit dem Leben. Am 22. September wäre er 100 Jahre alt geworden - Von Barbara Just

14.09.2018 (KAP-ID) "Ob es gut oder böse war, dass ich zur Welt kam, weiß ich selbst nicht, jedenfalls war's notwendig." Ein selbstbewusster Satz, den Hans Scholl im August 1941 über sich in einem Brief an seine "Seelenfreundin" Rose Nägele schreibt. Eineinhalb Jahre sollten dem Medizinstudenten da noch bleiben, bis er mit 24 Jahren im Februar 1943 wegen Widerstands gegen den Nationalsozialismus in München hingerichtet wird. Am 22. September wäre das

Mitglied der "Weißen Rose" 100 Jahre alt geworden.

Hans war das zweite von sechs Kindern des Ehepaars Robert und Madalene Scholl, geboren in Ingersheim an der Jagst. Robert M. Zoske, Autor der Scholl-Biografie "Flamme sein!" im C.H. Beck-Verlag, bezeichnet sie als "eigenwillige Individualisten". Der Vater, Wirtschaftsberater und später mehrfach Bürgermeister, war ein pazifistischer Liberaler, die Mutter eine

pietistisch gesinnte Krankenschwester. Beide hielten Distanz zu Mehrheitsmeinungen. Doch ihr Sohn denkt zunächst stark deutsch-national.

Inge Scholl erinnert sich an ihren jüngeren Bruder als einen sanften Jungen. Die Eltern hätten ihn manchmal "Heiland" genannt. Stets sei er auf Versöhnung und Gerechtigkeit ausgewiesen. Mit zwölf wird Hans 1931 Mitglied im Christlichen Verein Junger Männer (CVJM), ab 1933 gehört er der Hitlerjugend an, darf sogar 1935 am Reichsparteitag in Nürnberg als Fahnenträger mitwirken. Geprägt ist er jedoch von der bündischen Jugend, die die Nazis ablehnen und deswegen bei Scholls eine Durchsuchung veranlassen. Dazu kommt eine homosexuelle Beziehung von Hans zu einem Jüngeren, die ihn 1937 ins Gefängnis bringt.

Scholl, der für "Selbstbestimmung" und "Selbsterziehung" eintritt, die Werke von Rainer Maria Rilke oder Stefan George schätzt, und selbst einfühlsame Gedichte schreibt, beginnt umzudenken. Seine Mutter rät ihm, die Bibel zu lesen. Überhaupt will er alles tun, um den Schaden wieder gut zu machen. Den auf zwei Jahre angesetzten Wehrdienst leistet Scholl ab, erlebt sogar Adolf Hitler aus nächster Nähe in Stuttgart. Das "schemenhafte Gesicht" fällt ihm auf, eine Umschreibung, die laut Zoske negativ gedeutet werden muss im Sinne einer in der Gegend üblichen Faschingsmaske.

Im April 1939 beginnt der junge Mann ein Studium der Medizin in München, daneben besucht er viele Philosophie-Vorlesungen. Besonders Nietzsche hat es ihm angetan. Als im Herbst der Krieg ausbricht, hofft Scholl auf eine Reinigung Europas und eine Lösung gesellschaftlicher wie persönlicher Probleme. Die Ernüchterung folgt. Schon im März 1940 wird Scholl zur

Sanitätsabteilung eingezogen und im Westen eingesetzt. Die Grausamkeit der deutschen Soldaten schreckt ihn ab, wenngleich ihn Besuche in Paris ablenken. Doch er weiß: "Der Krieg wirft uns weit zurück."

Neues Weltbild

Der Student flüchtet sich in die Lektüre christlich-philosophischer Literatur. Gespräche mit Menschen, die gegen das NS-Regime sind, formen sein neues Weltbild. Noch bevor er mit seinem Kommilitonen Alexander Schmorell im Juli 1942 für sechs Monate das Elend an der Ostfront in Russland erlebt, fällt die Entscheidung zum politischen Widerstand. Die ersten vier Flugblätter der "Weißen Rose" entstehen. Ein Pate dafür ist Thomas Mann mit seinen Rundfunkansprachen.

Sophie Scholl (21), die mittlerweile auch in München studiert, unterstützt ab November ihren Bruder. Ihre Ideen fließen in Blatt fünf und sechs ein, vor allem aber kümmert sie sich um die Logistik. Das letzte Flugblatt, das die Geschwister am 18. Februar 1943 im Hauptgebäude der Uni verteilen, wird ihnen zum Verhängnis. Der Hausmeister erwischt sie und liefert sie der Gestapo aus. Vier Tage später ergeht das Todesurteil. Es wird wenige Stunden darauf vollstreckt.

Vom evangelischen Gefängnispfarrer in München-Stadelheim empfangen die Geschwister das Abendmahl. Zuvor hatte Hans mit ihm Vers für Vers das Hohe Lied der Liebe im Korintherbrief gelesen und versichert, weder Hass noch Bitterkeit gegenüber Anklägern und Richter zu verspüren. Um 17.02 Uhr wird er dem Scharfrichter übergeben. Seine letzten Worte lauten: "Es lebe die Freiheit."

P R E S S E S C H A U

Ärger bis Stolz über den "Schweigepapst"

Pressestimmen zur Causa Vigano zwischen Erschütterung über die Angriffe gegen Franziskus, Reformforderungen und mahnenden Vergleichen zum Ende der Sowjetunion

14.09.2018 (KAP-ID) Wohl noch lange nicht zur Ruhe kommt die Debatte über das "Zeugnis" des ehemaligen Vatikanbotschafters in den USA, Erzbischof Carlo Maria Vigano, der Papst Franziskus Ende August mit dem (bis dato nicht belegten) Vorwurf der Vertuschung sexuellen Missbrauchs von Ex-Kardinal Theodore McCarrick belastet und dafür breites Echo von Bergoglio-Kritikern innerhalb der Kirche gefunden hatte. Dass der Papst auch in der dritten Woche danach keine klare Erwiderung gab, irritierte etliche Kolumnisten weiter; aus dem Vatikan drang inzwischen durch, der Heilige Stuhl werde eventuell nötige Klärungen formulieren, ohne freilich noch Details zu nennen.

"Wer spaltet, rettet nicht, sondern zerstört", kritisierte der Sprecher von Kardinal Christoph Schönborn, Michael Prüller, in der Wiener Kirchenzeitung "Der Sonntag", die Angriffe auf Franziskus. Der Papst sei Nachfolger des Petrus und somit der "Fels, auf dem Christus seine Kirche gebaut hat". Wer mit dem Vorschlaghammer auf diesen Felsen schlage, schlage Risse und verbreitere Risse zu Spalten. "Diese Spalten verwunden nicht nur die Kirche, sondern gehen ganz tief, bis in die einzelnen Familien hinein", mahnte der diözesane Pressesprecher.

Erschüttert beobachte er genauso wie einst unter den Päpsten Johannes Paul II. und Benedikt XVI. auch jetzt wieder "ein Heruntermachen, das unverhohlene Klarmachen, dass dieser Kerl weggehört, weil er eine Katastrophe ist, die Spekulationen darüber, dass der Papst am Holzweg und die Bischöfe zum Widerspruch zu feige sind", wurde Prüller konkret. Worum es jedoch gehe, sei nicht eine geheuchelte Ergebnisheit: "Unsere Haltung zum Papst soll weder genervte Feindseligkeit noch unkritische Huldigung sein - sondern Treue. Treue ist gut."

Neuwirth: Kirche braucht Entkrampfung

"Hanebüchen oder böswillig" sei es, dem Papst Verniedlichung oder Vertuschung von Missbrauch vorzuwerfen, befand Dietmar Neuwirth

am 9. September in der "Presse". Schließlich sei es Franziskus gewesen, der McCarrick im Juni - kirchengeschichtlich einmalig - die Abgabe des Kardinalshutes empfohlen habe. Verfehlt sei auch, die Homosexualität oder den Zölibat für den Missbrauch verantwortlich zu machen: Beides sei wissenschaftlich nicht oder kaum haltbar, zudem fänden die meisten Missbräuche außerhalb der Kirche im Familienumfeld statt.

Wenngleich man dem Papst nun aufgrund seiner ausständigen Reaktion auf die Vigano-Vorwürfe das Attribut "Schweigepapst" umhängen wolle, würden Beweise oder Indizien für die Richtigkeit zentraler Aussagen des US-Erzbischofs fehlen, betonte Neuwirth. Dennoch bestehe für die Kirche Handlungsbedarf hinsichtlich ihrer Regeln: "Das verkrampfte Verhältnis zur Sexualität, das Alleinlassen von Priestern sind ein Problem."

Hagenkord: Papst überlässt Handeln Gott

"Stolz" auf das Schweigen des Papstes äußerte sich hingegen der Jesuit Bernd Hagenkord, Leitender Redakteur von "Vatican News". Dass Franziskus jetzt nicht rede, schmerze im Augenblick, denn "wir hätten gerne die reinigende Geste, den Macht-Gestus, der das alles klärt". Der Papst tue jedoch das genau nicht, spiele nicht mit im "üblen Machtspiel derjenigen, die jetzt Dreck werfen", sondern demaskiere es durch sein Schweigen und öffne "Gottes Raum". Ungeachtet dessen, dass er sich dabei selbst schade, wie zahlreiche Kommentare der vergangenen Tage deutlich gemacht hätten.

Nicht vergessen dürfe man, dass Jorge Mario Bergoglio schon früher in einer krisenhaften Situation geschwiegen habe, erinnerte Hagenkord: Gleich nach seiner Papstwahl 2013 sei Franziskus Komplizenschaft mit den Militärs in seinem Heimatland unterstellt worden, ohne dass es dafür Argumente oder Beweise gab. Der Papst habe selbst unter Druck nie darüber gesprochen, dass er - genau gegenteilig zur Anklage - Menschen zur Flucht aus der Diktatur verholfen habe. Mit Verweis auf diese Rettungs-

aktion hätte er die schon 2005 existierenden Vorwürfe vom Tisch wischen können, habe dies aber unterlassen.

Hagenkords Schlussfolgerung: Das Schweigen des Papstes sei weder Flucht vor Verantwortung noch Beteiligung an Vertuschung, sondern habe geistliche Gründe. Franziskus lasse sich vom Gebet leiten. "In Zeiten großen Drucks, wenn alles gegen einen spricht und wenn die Versuchung groß ist, jetzt alles durch eigenes Tun in die Hand nehmen zu wollen, genau dann ist das Gegenteil richtig. Nicht das eigene Tun, sondern das Schweigen und damit Gottes Handeln ist wichtig." Der Papst setze dem Druck "innere Freiheit" entgegen und löse ihn damit auch auf.

Kirche ohne Glauben

Fernab der Frage nach der Papst-Performance machen sich einige Kommentierende um den Zustand der Kirche Sorgen. Nicht alle mit Wohlwollen: "Der Kirche geht der Glaube aus", schrieb Tassilo Wallentin in der "Krone" vom 9. September. In seinem Rundumschlag bemängelte er eine "Anbiederung an den Zeitgeist": "Die Predigten von Kirchenvertretern unterscheiden sich heute kaum noch von Parteitagsreden der Grünen. Der christliche Glaube wird von der Amtskirche so gedeutet, dass er den Vorgaben der politisch-korrekten Erziehungsmedien entspricht. Kein Wort mehr von Spiritualität, Jenseits, Verdammnis, Schuld oder Wahrheit." Der Glaube sei einer "diffusen Gutmenschen-Gesinnung" gewichen.

Es sei also insgesamt ein heikler Moment, in dem die Amtskirche vom Missbrauchsskandal getroffen werde. Das Schweigen des Papstes als Reaktion auf diesen bezeichnete Wallentin als "armselig": "Die gnadenlose Verfolgung, Verurteilung und Bestrafung aller Täter, Helfer und Helfershelfer wäre nebst Entschädigung aller Opfer die angemessenere Antwort. Das hat nämlich sein Vorgänger Papst Benedikt gemacht", so der Krone-Kolumnist.

Wunde heilt nicht

Nicht nur der Papst, sondern vor allem auch die Bischöfe müssten handeln, damit "die wahre Krankheit identifiziert und kuriert wird", befand Chefredakteur Volker Resing in der "Herder Korrespondenz"; ohne Aufdeckung der Schuld von Vertuschung und Verharmlosung sowie deren Ahndung könne die durch den Missbrauch

entstandene Wunde nicht verheilen und die Kirche kein neues Vertrauen und inneren Frieden finden. Auch bei der deutschen Missbrauchs-Studie sei die "zweite und dritte Schuld" der schweigenden Mitwisserschaft und des falschen Umgangs mit den Opfern aus dem Blick geraten; der Glaubwürdigkeit der Kirche und somit dem Sinn ihrer Sendung entstehe dabei "unfassbar schwerer Schaden".

Resings Appell: Auch im deutschsprachigen Raum sollten Bischöfe ihre Schuld bekennen und "ein falsches Amts- und Kirchenverständnis, in dem Schein und Lüge regierten" offenlegen. Denn: "Nur wenn die Alten reden, haben die heutigen und jüngeren Oberhirten die Chance, den immer wieder geforderten Mentalitätswandel auch glaubhaft voranzubringen." Schließlich habe die Kirche Missbrauch prinzipiell immer geächtet, das Problem liege jedoch beim Führungsverhalten von "Hirten, die sich selbst zu wichtig nehmen und ihre Berufung verraten".

Gegen Chaos nur Aufklärung

Schweigen könne nicht die Antwort sein, wiederholte hingegen in der "Tagespost" (13. September) Guido Horst eine bereits öfters vorgebrachte Forderung. Rom - nicht der Papst - müsse an die Öffentlichkeit gehen, genauso wie das vatikanische Presseamt in der Missbrauchskrise des Jahres 2010 schnell reagiert habe und Dokumente, Hintergründe und Zahlenmaterial auf einer Sonderseite der "Sala Stampa" zu veröffentlichen. Dies sei unvermeidlich, nachdem die bislang über den Globus verteilten Missbrauchs- und Vertuschungsskandale nun den Vatikan und den Papst erreicht hätten.

Dass der Papst selbst auf Viganos Vorwürfe nicht antworten müsse oder könne, verstehe sich laut Horst von selbst: "Kein Diplomat der Welt darf im Ruhestand seine dienstliche Schweigepflicht verletzen und Fehler seiner Oberen offenlegen. Nicht beachtete Berichte, Fehleinschätzungen der Regierenden und Schwächen im eigenen System gibt es überall. Zur Loyalität eines Diplomaten gehört, Missstände nur den eigenen Leuten bekannt zu machen - das gilt auch für die Nuntien des Papstes." Im Vatikan müsse nun jedoch Aufklärung her, sonst werde das Chaos immer größer.

Droht Franziskus ein Gorbatschow-Schicksal? Das stellte Heinz Niederleitner von der Kooperationsredaktion der Kirchenzeitun-

gen in den Raum. Es gebe mehrere Parallelen zwischen der Kirche heute und dem Ende der Sowjetunion: Auch Michail Gorbatschow habe mutige Reformen in einem starren Apparat begonnen, bis strenge Kommunisten gegen ihn geputscht hatten - vergleichbar mit den aktuellen Angriffen gegen den Papst. Gorbatschow

habe den Putschversuch 1991 überstanden, seine Herrschaft sei zu Weihnachten desselben Jahres jedoch vorüber gewesen. "Seine Reformen hatten die Spannung zwischen Bewahrung und Veränderungswünschen nicht mildern können. Diese Spannung spürt heute auch Papst Franziskus."

Staatsdoktrin, Latex und das Abendland

Ausführliche und teils polemische "Presse"-Debatte über die anstehende Neuregelung der Gesetze zu Ehe und Eingetragener Partnerschaft

14.09.2018 (KAP-ID) In der Frage nach der künftigen Definition der Ehe ticken in Österreich die Uhren momentan lauter als sonst: Nachdem der Verfassungsgerichtshof (VfGH) Ende 2017 die bisher unterschiedlichen Regelungen für verschieden- und gleichgeschlechtliche Paare mit Ablauf des 31. Dezember 2018 aufgehoben hat, muss die Politik bis dahin eine Neuregelung finden. Erst Anfang September kam allmählich Fahrt in die Diskussion - begleitet bislang vor allem von der "Presse", die ihren Meinungsanteil mehrmals diesem Zweck widmete und laute Töne dabei nicht scheute.

Zu einem Fall für den Presserat wird ein Gastkommentar von Martin Leidenfrost, der am 8. September schrieb, der Verfassungsgerichtshof habe sich "zum Gesetzesgeber aufgeschwungen" und wolle anderen Moralvorstellungen aufzwingen. Eine "lustige Travestie" sei dabei zur "todernsten Staatsdoktrin" geworden. Leidenfrost wörtlich: "Die Gay-Pride-Parade ist die Fronleichnamspzession des frühen 21. Jahrhunderts. Wo Gläubige früher durch die Straßen zogen, um den Leib Christi zu verehren, beten sie jetzt in Latex gepresste Männerärsche an." Unterstützt von Film und Medien, werde "die Privilegierung einer im Westen wohl-situierten Minderheit als 'Ehe für alle' verkauft und Andersdenkende an Schandpfähle gebunden".

"Das schwule Ehepaar, das Kinder angeblich viel besser aufziehen kann als der ganze hetero-normierte Pöbel", sei zur "Ikone unserer Zeit" geworden, beobachtete der Autor. Eher willkürlich falle Homosexuellen das Los zu, "Speerspitze in der Auflehnung des Menschen gegen die Natur" - Leidenfrost zog hier Vergleiche mit dem Stoßarbeiter Stachanow der Kommunisten oder dem blonden Germanen-Ideal der Nazis - zu sein. Noch vor 30 Jahren sei die

Idee "homosexueller Familien" undenkbar gewesen, heute sei das Rütteln daran ein Tabu. "Ich riskiere soziale Ächtung, wenn ich hinschreibe: Zwei Männer sind kein Ehepaar und können keine Familie gründen", so Leidenfrost.

Leidenfrosts Appell: ÖVP und FPÖ, sogar aber auch die SPÖ sollten "Charakter zeigen" und mutig gegen die "Ehe für alle" stimmen, hätten die drei Parteien doch dafür ohnehin die Rückendeckung der Mehrheit ihrer Wähler. Statt "anpasslerische Signale" zu senden oder mit der Hoffnung auf Ruhe nichts zu tun, sollte nach französischem Vorbild die Vertragsgemeinschaft ohne sexuelle Fixierung ermöglicht werden. Mit dem Ergebnis: "Österreich würde einen Sprung machen vom verpfushtesten Antidiskriminierungsrecht zum gerechtesten."

Österreichische Lösungen

Leidenfrosts Ankündigung des Geächtetwerdens lag wohl nicht so falsch, würde doch sein Artikel "von vielen als homophob wahrgenommen", schrieb derstandard.at am 13. September in seinem Bericht über die Befassung des Presserates. Acht Beschwerden seien bei dem Selbstkontrollorgan der österreichischen Presse laut Geschäftsführer Alexander Warzilek eingelangt, hieß es.

Doch neben zahlreichen heftigen Kommentaren in den Sozialen Medien gab es auch in der "Presse" selbst eine Replik auf Leidenfrost: Der Historiker Clemens Ableitinger schrieb am 12. September, es sei "kein Untergang des Abendlandes" in Sicht; der Pride-Parade-Vergleich passe nicht, da er auf Wien beschränkt sei und keine "Gesäße angebetet werden". Es sei auch nicht zu verstehen, "warum zwei sich liebende Erwachsene nicht heiraten dürfen", wobei die bloße Öffnung der Eingetragenen Partner-

schaft das Zwangsoouting-Problem "noch nicht wesentlich" bessere: Weiterhin bestehe eine Trennung auf Basis der sexuellen Orientierung und somit keine Gleichwertigkeit. Dass hierzu-lande der zweite Schritt des Adoptionsrechts für Schwule und Lesben schon vor dem ersten Schritt der Eheöffnung gemacht worden sei, bezeichnete Ableitinger als typisch "österreichische Lösung".

Kein Kulturbruch nötig

Von einem "juristischen Tamtam" hatte zwei Tage davor Jurist Andreas Kresbach in derselben Zeitung gesprochen: Er sehe durchaus "sachliche Gründe, die Differenzierung von Ehe und Eingetragener Partnerschaft aufrechtzuerhalten", ohne dass daraus mögliche Diskriminierung entstehe. So übersehe das VfGH-Erkenntnis etwa, dass in der Europäischen Menschenrechtskon-

vention das "Recht auf Eheschließung für Männer und Frauen in heiratsfähigem Alter" stehe und da-raufhin der Europäische Gerichtshof für Menschen-rechte 2010 judiziert habe, dass Gesetze, die die Ehe nur für Mann und Frau vorsehen, nicht der Konvention widersprechen.

Eine "Ehe für alle" missachte das "biologische Faktum", dass neues menschliches Leben nur durch die Gemeinschaft von Mann und Frau hervorgehe, laufe aber auch dem Kindeswohl zuwider. Diesem sei in der Regel - von dem das Gesetz auszugehen habe - mit der Vater-Mutter-Kind-Beziehung am besten gedient. Auch Kresbach, Familienpolitik-Experte im Thinktank "Die Weis[s]e Wirtschaft" plädierte für eine Lösung im Sinne der Öffnung der Eingetragenen Partnerschaft für alle; der "Kulturbruch" der Neudefinition der Ehe wäre rechtlich zumindest nicht notwendig.

Hamann: Konfessionelle Trennung im Religionsunterricht absurd

"Presse"-Kolumnistin plädiert für Ethik-Stunden für alle: Derzeitiges System der "Schrebergärten" gebe religiösem Analphabetismus und Fundamentalismus Vorschub

14.09.2018 (KAP-ID) Der schulische Religionsunterricht in Österreich ist derzeit in vielen kleinen "Schrebergärten" organisiert, was viel Zeit und Ressourcen vergeudet: Darauf hat die Journalistin Sibylle Hamann in der "Presse" (12. September) aufmerksam gemacht. Trennung sei "oberstes Gebot" und Religionen dürften sich nicht in die Quere kommen - weshalb etwa ein serbisch-orthodoxe Kind nur in Ausnahmefällen im evangelischen oder islamischen Unterricht sitzen dürfe oder umgekehrt. Angesichts einer pluralen Gesellschaft sei dieses Prinzip absurd, urteilte die Publizistin. "Auf dass nur ja kein katholisches Kind je erfahren möge, wie Muslime beten! Und kein evangelisches Kind je draufkommt, was an Chanukka gefeiert wird!"

Hinsichtlich ihres Wissens und Erfahrungshorizontes würden Kinder nach dem derzeitigen System immer weiter auseinanderdriften, bemängelte Hamann. Hier spiele mit, dass in Österreich die Zahl der Kinder ohne Bekenntnis wie auch der Abmeldungen vom Religionsunterricht zunimmt - "entweder, weil den Eltern Religion egal ist. Oder, im Gegenteil, weil den Eltern Religion so wichtig ist, dass sie ihre Kinder lieber zu privat organisierten, häufig noch strenggläubigen Lehrern schicken", beobachtete

die Kolumnistin, die 2017 den Humanitätspreis der Heinrich-Treichl-Stiftung erhielt.

Diese Entwicklung sei "kontraproduktiv" oder sogar "verrückt": Würden doch heute gesellschaftliche Konflikte häufig mit religiösen Argumenten aufgeladen und dadurch verschärft, und die Klage über ein gegenseitiges Abschotten der Milieus voneinander komme zurecht. Auch darüber, "dass wir immer weniger übereinander wissen, immer schlechter verstehen, was andere bewegt, uns immer weniger in andere hineindenken." Oft gehe religiöser Fanatismus mit religiösem Analphabetismus einher. Hamann: "Je größer die Ahnungslosigkeit, desto leichter greift Verletzung."

Dringend nötig seien "ein, zwei Wochenstunden in der Schule, in denen sich alle Kinder gemeinsam mit den wesentlichen ethischen Fragen des Lebens auseinandersetzen", so die Empfehlung der Journalistin. Diskutiert werden solle hier etwa das Entstehen von Gemeinschaft, die Herkunft religiöser Gebote, die Gemeinsamkeiten und Unterschiede und deren Verwurzelungen in speziellen Kulturen und Zeiten. Auch die Frage, wo religiöse Regeln unseren weltlichen Gesetzen entsprechen und wo Spannungen und Widersprüche auftauchen, gelte es hier zu behandeln.

I N T E R V I E W

"Weltkirchlich gesehen stehen wir erst am Anfang"

Wortlaut eines "Kathpress"-Interviews mit dem Jesuit und früheren Rektor des Berliner Canisius-Kollegs, P. Klaus Mertes, über die weltkirchliche Dimension der Missbrauchskrise und notwendige Reformschritte

14.09.2018 (KAP-ID) Die kirchliche Missbrauchskrise, die medial durch die Enthüllungen in Irland, den USA und nun durch die vorab in Auszügen publik gemachte Studie in Deutschland erneut in den Fokus geraten ist, ist kein lokales Phänomen, sondern betrifft die gesamte Weltkirche und verlangt zugleich nach einer tiefen kirchlichen Strukturreform. Das hat der Jesuit und frühere Rektor des Berliner Canisius-Kollegs, P. Klaus Mertes, im "Kathpress"-Interview betont. Die jüngsten Enthüllungen würden aufzeigen, dass das Problem der Vertuschung bislang viel zu wenig beachtet wurde; konkret angegangen werden müssten laut Mertes die Frage nach einer innerkirchlichen Gewaltenteilung und das Problem der männerbündischen Strukturen. Beides hänge eng mit dem Problem der Vertuschung zusammen.

Der "Info-Dienst" dokumentiert das Interview mit P. Klaus Mertes im Folgenden im Wortlaut:

Kathpress: Das Thema Missbrauch hält die Kirche weiterhin in Atem. Hat das Thema aus Ihrer Sicht mit den Enthüllungen etwa in der "Causa McCarrick" noch einmal eine andere Wende genommen?

Mertes: Prinzipiell ist jeder Schritt gut, der der Aufklärung dient. Was nun aber deutlich geworden ist, ist der enge Zusammenhang von Missbrauch und bestehenden Loyalitätsstrukturen in der Kirche, die die Vertuschung befördern. Es wäre aber wohl vermessen, anzunehmen, dass durch einen starken Papst das Problem an sich aus der Welt geschafft werden kann. Auch die Vorstellung, dass Kirche ein Raum von Reinheit und Heiligkeit ist, trägt wohl zu dieser Art narzistischer Selbsttäuschung bei. Tatsächlich ist aber die Aufdeckung problematischer Loyalitätsstrukturen ein schmerzhafter Prozess, den keine Institution gerne und von sich aus vollzieht.

Kathpress: In Deutschland haben Sie in der Frage der Aufdeckung von Missbrauchsfällen in der Katholischen Kirche eine Vorreiterrolle eingenommen. Rückblickend betrachtet: Ist es zufriedenstellend, was in Deutschland seither geschehen ist?

Mertes: Zufriedenstellend wäre die falsche Kategorie. Im deutschsprachigen Raum ist sehr, sehr viel geschehen vor allem auf Ebene der Gemeinden, der Schulen, der kleineren Institutionen. Auch in der Kommunikation mit den Betroffenen, den Opfern. Aber es ist nie genug. Ich sehe keinen Anlass, sich jetzt zurückzulehnen und zu sagen, das haben wir gut gemacht. Das ist ja genau eines der Probleme beim Missbrauch, dass man immer zuerst auf die anderen Länder, die anderen Diözesen blickt und mit dem Finger auf sie zeigt.

Kathpress: Wo sehen Sie noch konkreten Nachholbedarf?

Mertes: Nach wie vor besteht der dringendste Nachholbedarf bei der Aufklärung. Ich denke, dass der Pennsylvania-Bericht einen Akzent deutlich gemacht, der noch deutlicher benannt werden muss, nämlich den Aspekt der Vertuschung. Die Aufklärungsarbeit in der Kirche ist noch zu Täter-zentriert im Sinne der Missbrauchstäter. Was aber viel zu wenig im Blick ist, ist die Verantwortungskette für den Umgang mit den Tätern. Das betrifft also eine tiefe, grundsätzliche Frage, die bis in den Kernbestand der vatikanischen Institutionen hineinreicht. Tatsächlich glaube ich aber nicht, dass im Vatikan hinreichend begriffen worden ist, welche Tiefendimension das Problem des sexuellen Missbrauchs gerade vor dem Hintergrund des Vertuschungsproblems hat.

Kathpress: Was müsste sich also innerkirchlich ändern?

Mertes: Ich sehe zwei Themen, an die die Kirche ran muss: Zum einen brauchen wir eine Verwaltungsgerichtsbarkeit und eine Gewaltenteilung innerhalb der Kirche. Ganz offensichtlich sind die bestehenden kirchlichen Strukturen nicht in der Lage, das Problem des klerikalen Machtmissbrauchs wirklich angemessen anzugehen. Das ist ein Strukturproblem. Da geht es um mehr als um das Versagen von Personen. Wir fördern das Versagen von Personen, wenn wir die Strukturdebatte vermeiden. Und das zweite große Thema hängt eng damit zusammen: Das ist die Frage nach der männerbündischen Struktur innerhalb des Klerus.

Kathpress: Sie sehen also mittelfristig keine Beruhigung der Lage?

Mertes: Nein, ich bin überzeugt, dass die Missbrauchsthematik langfristig eine weltkirchliche Bedeutung bekommen wird. Der Pennsylvania-Bericht hat eine weitere Schmerzgrenze überschreiten lassen in deren Folge sicher weitere Enthüllungen kommen werden. Irgendwann wird die Bombe etwa auch in Polen platzen. Die Sachen liegen ja zum Teil bereits auf dem Tisch, sie lösen nur noch keine Empörung aus wie im Westen.

Kathpress: Glauben Sie, dass die Missbrauchsskandale das Potenzial haben, auf lange Sicht das Bild der Kirche grundlegend zu verändern?

Mertes: Ja, ich glaube, dass der Missbrauchsskandal langfristig gesehen eine einschneidende Wirkung in der gesamten Kirchengeschichte weltkirchlich haben wird. Und ich glaube, dass der Prozess durch die Kirche selbst nur sehr

begrenzt steuerbar ist; denn diejenigen, die steuern sollen, sind ja selbst strukturell gesehen ein Teil des Problems. Anders gesagt: Ich glaube, dass wir in den Strukturen der Kirche, in denen wir derzeit leben, gar nicht wirklich fähig zur vollständigen Aufklärung sind. Aber das meine ich nicht, um zu entmutigen, sondern um zu ermuntern, sich helfen zu lassen.

Kathpress: Wird das zu einer Überlebensfrage für die Kirche?

Mertes: Die Kirche wird anders aussehen. Dass die Kirche in der jetzigen Form und den Strukturen so überdauern wird, kann ich mir nicht vorstellen. Die Sache ist raus - Missbrauch und Vertuschung durch Kleriker hat ein so epidemisches Ausmaß angenommen, dass damit die Glaubwürdigkeit so grundlegend erschüttert wurde, dass sich das nicht durch reaktionäre Strategien wieder einfahren lässt.

Kathpress: Wo stehen wir in diesem Prozess im Moment?

Mertes: Weltkirchlich gesehen erst am Anfang. Auch den deutschsprachigen Raum kann man nicht von der weltkirchlichen Frage lösen. Ich glaube aber, dass speziell im deutschsprachigen Raum, aber auch in Irland und in den USA eine Ahnung aufkeimt, wie grundsätzlich die Fragen sind, die durch den Missbrauch angestoßen wurden - jenseits von Präventionsbemühungen etc. Und ich bin mir sicher, dass diejenigen Länder, die jetzt mit dem Finger etwa auf Deutschland zeigen oder die USA und sagen, das sind die Schmutzkinder - die werden sich noch sehr wundern...

D O K U M E N T A T I O N E N

"Man geniert sich ja fast, in der Kirche zu sein"

Wortlaut der Predigt von Kardinal Christoph Schönborn bei der traditionellen Maria-Namen-Feier am 9. September im Wiener Stephansdom

14.09.2018 (KAP-ID) Die Kirche ist dann lebendig, wenn sie ein Gespür hat für die Nöte der Zeit und damit der "Vorliebe Gottes für die Armen" entspricht. Das hat Kardinal Schönborn in seiner Predigt bei der Maria-Namen-Feier am 9. September im Wiener Stephansdom betont. Die diesjährige Feier stand unter dem Motto "Frieden retten". Schönborn sprach in seiner Predigt u.a. die großen Konflikte in der Welt sowie die Umweltzerstörung an. Nach diesem Sommer könne wohl niemand mehr die Realität des Klimawandels leugnen, so der Kardinal. Besonders schmerzhaft sei auch der gegenwärtige Konflikt in der Kirche. Man könne fast von einem "Krieg in der Kirche" sprechen, wenn Bischöfe und Kardinäle gegen und für den Papst Position beziehen würden, "und dahinter das erschütternde Drama über Missbrauch in der Kirche".

Der "Info-Dienst" dokumentiert die Predigt im Folgenden im Wortlaut:

Liebe Brüder und Schwestern,

Frieden retten - das heißt: Frieden ist in Gefahr. Sonst müsste man ihn nicht retten. Ja, das stimmt. Friede ist vielfältig in Gefahr. Ich nenne drei Beispiele verbunden mit der Frage: Was heißt das für uns, was können wir tun, um den Frieden zu retten?

Das erste ist zweifellos das, was uns am meisten bewegt: die vielen Konflikt- und Kriegsherde rund um den Globus; und die ganzen Folgen dieser Konflikte: endlosen Flüchtlingsströme, viele Tote, Verletzte, Zerstörung. Man denke nur an den unseligen Krieg in Syrien, der nun schon sieben Jahre dauert. Und immer noch ist der Frieden nicht gesichert.

Ein zweiter großer Bereich ist das Umweltdrama. Nach diesem Sommer kann wohl kaum jemand noch leugnen, dass es einen Klimawandel gibt. Man kann streiten über die Ursachen, aber die Tatsache ist da. Und mit dem Klimawandel sind wiederum schwerwiegende Folgen für die Menschen verbunden.

Ich nenne einen dritten Bereich, der uns im Moment besonders erschüttert: Das ist der bedrohte Frieden in der Kirche. Man hat den Eindruck, dass in der Hierarchie ein Krieg ausgebrochen ist - für den Papst, gegen den Papst. Bischöfe, Kardinäle führen - fast möchte man sagen - einen offenen Krieg. Was ist da los? Und dahinter das große erschütternde Drama über Missbrauch in der Kirche - sexueller Missbrauch, geistlicher Missbrauch; so dass wir oft verzagt sind und sagen: Was können wir noch tun? Vor allem viele Gläubige sagen: Man geniert sich ja fast, in der Kirche zu sein, wenn man das alles sieht. Beunruhigte Stimmen kommen mir zu Gehör: Was ist da los in der Kirche? Kann man den Frieden in der Kirche noch retten?

Natürlich könnten wir noch viele andere Friedenskrisen nennen. Eine letzte sei genannt: das ist unsere ganz persönliche Situation, dass wir oft am inneren Unfrieden leiden, uns nach Frieden sehnen - in unseren Beziehungen, aber auch in uns selber.

Und so will ich nun auf die Worte der Heiligen Schrift schauen. Was sagt uns das Wort Gottes über den Frieden und wie er zu retten ist? In der Ehe, in der Familie, im Beruf, in den Kriegsherden, in der Umwelt und in der Kirche. Da ist ein Wort, das ganz wichtig ist, vom Propheten Jesaja: "Habt Mut, fürchtet euch nicht! Seht, hier ist euer Gott!" (Jes 35,4-7a). Alle diese Dramen erinnern uns nur an das eine: "Sagt den Verzagten: Habt Mut, fürchtet euch nicht! Seht, hier ist euer Gott!" Er ist da; er ist der Herr der Geschichte. Ich bewundere Papst Franziskus, wie er in diesen Stürmen den inneren Frieden bewahrt. Er hat es selber gesagt im Gespräch: Vom Moment seiner Wahl an hat er tiefen inneren Frieden, der ihn nicht verlassen hat. Und er sagt ganz klar: Das ist das Geschenk Gottes. Christus ist unser Frieden, sagt Paulus. "Fürchtet euch nicht! Seht, hier ist euer Gott!" - Das ist die erste Gewissheit, die uns in allen Unfriedenssituationen daran erinnern soll: Er ist unser Friede.

Das Zweite sagt uns der heilige Jakobus, der Herrenbruder (Jak 2,1-5). Er erinnert uns an die Vorliebe Gottes für die Armen. Wir haben uns in der Kirche - vor allem wir, die Hierarchie - oft mehr gesorgt um den Ruf der Kirche als um die Aufgabe der Kirche. Wir haben mehr darauf geschaut, dass der Ruf der Kirche intakt bleibt; und so ist es zu manchen Vertuschungen und Beschönigungen gekommen. Aber es geht nicht um den Ruf der Kirche - es geht um den Auftrag der Kirche! Und wenn wir unseren Auftrag einfach und beständig wahrnehmen, dann brauchen wir uns nicht zu sorgen um den Ruf der Kirche. Dann dürfen wir auch manche Kritik - berechnete oder auch übertriebene - an der Kirche stehen lassen. Es ist nicht unsere Aufgabe, uns ständig zu rechtfertigen. Wir dürfen darauf hinweisen, was alles an Gutem in der Kirche und durch die Kirche geschieht - aber noch wichtiger als das Hinweisen ist das Tun. An euren Taten wird man euch messen! Und ich bewundere alle Christinnen und Christen, die ganz selbstverständlich tun, was das Evangelium uns nahelegt. Ich denke an die vielen in diesem Land, die in Notsituationen helfen, die Flüchtlinge aufgenommen haben, sie betreuen, die viel, viel Einsatz leisten.

Das Dritte ist vielleicht das Entscheidende: Mir ist aufgefallen in diesem Ereignis aus dem Evangelium (Mk 7, 31-37), dass das im heidnischen Gebiet stattfindet. Jesus war in Tyrus - das ist heidnisches Land. Dann kommt er zurück nach Galiläa, geht aber weiter am See Genezareth entlang hinüber in das heidnische Land, in das Gebiet der Dekapolis, wo er manche Wunder wirkte - unter den Heiden. Und da gibt es Menschen, die einen Taubstummen zu Jesus bringen. Vermutlich waren sie Heiden, also im

strengen Sinne Ungläubige. Was hat sie bewegt? Sie wollten, dass Jesus diesen Taubstummen berührt. Solange dieser Impuls nicht stirbt, wird es Frieden geben auf dieser Welt - mitten in allem Unfrieden! So lange es Menschen gibt, denen es wichtig ist, einen anonymen Taubstummen zu Jesus bringt. Und wir wissen nicht mal, ob sie erwartet haben, dass er ihn heilen wird. Sie wollten nur, dass Jesus ihn berührt - denn sie waren berührt von seiner Not. Dass Jesus ihn darüber hinaus geheilt hat, hat sie in Staunen versetzt.

Es ist gewiss wichtig, dass die Kirche auch in der Öffentlichkeit wahrgenommen und geschätzt wird. Aber noch viel wichtiger ist, dass wir das tun, was das Evangelium uns sagt. Das hat Leuchtkraft! Der heilige Franziskus hat gesagt: Verkündet allen Menschen das Evangelium - wenn notwendig, auch mit Worten. Viel besser ist das, was ihr tut. Und so erinnere ich noch einmal daran, was der Prophet uns gesagt hat: "Habt Mut, fürchtet euch nicht! Seht, hier ist euer Gott!" Und wie Jakobus uns daran erinnert, dass die Armen die Bevorzugten Gottes sind; und dass eine Kirche dann lebendig ist, wenn sie ein Gespür hat für die Nöte der Zeit und sich hinwendet zu den Menschen, die in Not sind. Und wenn wir drittens so sind wie diese Menschen aus dem heidnischen Gebiet, die einfach berührt sind von der Not des anderen.

Brüder und Schwestern, im Grunde geht es bei all diesen drei Punkten darum, auf Maria zu schauen: Sie erinnert uns daran, dass Gott da ist. Sie ist die Mutter der Armen. Und sie hat sich wie keine berühren lassen von unserer Not. So dürfen wir sie heute als Königin des Friedens anrufen und sie bitten, dass sie den Frieden rettet.

"Mutiger das bekennen, was uns als Christen heilig ist"

Ansprache von "Furche"-Herausgeber Heinz Nussbaumer bei der Maria-Namen-Feier am 8. September im Wiener Stephansdom

14.09.2018 (KAP-ID) Die Tugenden Mut und Demut sollten von den Christen wieder stärker entdeckt werden - wie auch die Gottesmutter Maria als Vorbild dafür: Diesen für einen Journalisten ungewöhnlichen Appell hat der Publizist Heinz Nussbaumer am 8. September im Wiener Stephansdom an die Teilnehmer der Maria-Namen-Feier gerichtet. Der "Furche"-

Herausgeber und langjährige Pressesprecher von zwei österreichischen Bundespräsidenten warnte vor einer gegenwärtig verbreiteten inneren Haltung der Gleichgültigkeit und hob die Bedeutung der aktiven Mitwirkung engagierter Christen für den freiheitlich-säkularen Staat hervor. Christen sollten "Mut zum Wesentlichen"

zeigen und ihren Glauben nicht als "Geheimbotschaft" verstehen.

Der "Info-Dienst" dokumentiert das sehr persönlich gehaltene Glaubenszeugnis des Publizisten bei der Veranstaltung, die unter dem Thema "Frieden retten" stand, im vollen Wortlaut.

Sehr geehrter Herr Erzbischof, (Herr Kardinal), liebe Brüder und Schwestern im Glauben!

Es ist schon Jahre her - ich war damals für die Außenpolitik einer großen österreichischen Tageszeitung zuständig und ein Augenzeuge vieler Konflikte, Kriege und Friedensversuche. Die Welt war noch in zwei Blöcke geteilt - mit ein paar neutralen oder blockfreien Ländern dazwischen. Da hat mir ein Leser, er war Transportarbeiter am Flughafen Wien, einen wunderbaren Brief geschrieben - ganz im Geist dieser Feierstunde, zu der wir heute zusammengekommen sind.

Sein Kernsatz und Appell an mich lautete damals: "Journalismus ist Friedensarbeit - bitte nicht immer nur über Konflikte berichten, sondern aktiv zur Versöhnung beitragen!" Später habe ich erfahren, dass dieser Mann - bei aller Bescheidenheit seiner Mittel - auf dem Hirtenfeld von Bethlehem ein Blockhaus mit Strickmaschinen für arbeits- und einkommenslose Frauen gebaut hat - für Christinnen und Musliminnen. Genau an jedem Ort also, an dem Maria ihren Sohn geboren hat. "Journalismus ist Friedensarbeit", hat mir dieser beeindruckende Mensch geschrieben.

Seither frage ich mich: Wer kann als Journalist vor diesem Auftrag bestehen? Und wer von uns kann es als Christ? Kann Frieden schaffen, Frieden fördern, Frieden retten - und das mit der Kraft des Redens, des Tuns und des Gebetes? Auf der Suche nach einer Antwort führt eine große Linie vom Gedenken an das Jahr 1683 und der Befreiung Wiens von der osmanischen Belagerung über die weit näher liegenden Schicksalsjahre 1918 und 1938 bis hierher in dieses Gedenkjahr 2018.

Und noch ein Datum der Kirchen- und Weltgeschichte sollte gerade heuer zum Fest "Maria Namen" nicht in Vergessenheit geraten: Es war 1858, vor 160 Jahren, als die Gottesmutter der damals erst 14jährigen Bernadette Soubirou im Pyrenäenort Lourdes gleich 18mal erschienen ist. Die Zahl der Pilger, der Heilungen und Tröstungen in Lourdes zeigt uns, dass das "Lied

der Bernadette" bis heute nicht verklungen ist. Weit über den weltberühmten Gnadenort hinaus aber hat sich die Gottesmutter für unzählige friedenssüchtige Christinnen und Christen als das mütterliche Herz und die Patronin ihres Glaubens erwiesen. Als große Schutzfrau, um Verzweifelte aufzurichten, Leidende zu trösten - und Hoffende zu stärken.

Vorbild über Grenzen hinweg

Maria - das war damals eine unbekannte, bescheidene Frau, von der niemand Notiz genommen hat - und die kein Geschichtsschreiber erwähnt. Und doch sind ihre Spuren weit deutlicher als die so vieler Gestalten der Weltgeschichte. Als Beschützerin und Wegweiserin, vielleicht - hoffentlich - bald auch als Ansporn für ein neues Frauenbild unserer Kirche. Mehr und mehr aber auch als eine zarte und doch enorm tragfähige Brücke zwischen Konfessionen und Religionen. Für alle, die heute etwa nach Gemeinsamkeiten mit dem Islam Ausschau halten: Selbst für Muslime ist "Maryam", die - wie es im Koran ausdrücklich heißt - "ihre Jungfräulichkeit bewahrt hat", das große Vorbild für alle islamischen Frauen.

Vor einiger Zeit bin ich übrigens auf ein Buch gestoßen, das eigentlich nichts mit Religion, gar mit der Gottesmutter zu tun hat. Es heißt: "Mütter machen Männer - Wie Söhne erwachsen werden". Das hat mich gepackt - gerade im Blick auf Maria: "Mütter machen Männer". Dass Maria diesen Jesus nicht nur geboren, sondern auch aufgezogen, begleitet, wohl auch bemuttert hat - und ihm bis in sein Todesdrama treu geblieben ist, das ist ja unbestritten. "Mütter machen Männer". Wenn das so stimmt - und ich bin überzeugt davon -, dann dürfen wir davon ausgehen, dass Jesus seiner Mutter nähergestanden ist als jedem anderen Menschen - auch wenn ihr Vieles an ihrem Sohn und an seiner Mission ein Rätsel geblieben sein mag. Dann ist aus dieser Nähe und mütterlichen Prägung auch Wesentliches von dem gewachsen, was Jesus später gesagt und getan hat. Und ich bin sicher, dass sich Gottvater und/oder der Heilige Geist etwas dabei gedacht haben, als sie gerade diese Frau erwählt haben, um das Göttliche in dieser Welt Mensch werden zu lassen.

Ich hoffe, dass diese Gedanken an einem Marienfeiertag ihren Platz haben dürfen. Auch im Blick auf Golgotha, wo Maria bis zuletzt weinend, aber standhaft unter dem Kreuz aus-

geharret hat - und sich nicht ängstlich versteckt hat vor den Soldaten und allen, die ihrem Sohn den Tod gewünscht und gebracht haben. Mutig und demütig zugleich war Maria. Und genau in diesem scheinbaren Widerspruch liegt für mich auch ein Kerngedanke christlichen Lebens. Was aber bedeutet das konkret?

Kontrapunkt zum "Gott spielen"

Demut - das ist, ich weiß, nicht gerade ein Modewort in unserer Zeit. Als Tugend ist sie in den Abwind geraten - sie riecht nach Unterwürfigkeit und gebrochenem Rückgrat. Wir leben heute nach ganz anderen Spielregeln - wollen nicht nur Selbstverwirklichung, sondern möglichst auch "das Sagen" haben. Das aber öffnet - wir alle wissen es - immer auch Türen ins Dunkel - dorthin, wo die Dämonen des Geltungsdrangs und der Überheblichkeit, des Neids und des Stolzes hausen.

Demut, richtig verstanden, - das bedeutet für meine Mönche auf dem Berg Athos, dem Hl. Berg der christlichen Ostkirche, die ich seit mehr als 30 Jahren besuche, sicher nicht Kriecherei oder Unterwerfung. Wohl aber bedeutet es den nie beendeten Kampf gegen unser listenreiches "Ich", das uns schon so oft in die Katastrophe geführt hat. Es bedeutet aber auch, die eigene Begrenztheit im Angesicht der Größe Gottes zu erkennen, um den Docht der eigenen Wichtigkeit herunterzuschrauben und uns immer wieder vor der Verlockung zu bewahren, selbst "Gott spielen" zu wollen. Eine Versuchung, die unsere Erde rasch zu Hölle machen würde.

Und es bedeutet den nüchternen Blick in den Spiegel - und das Eingeständnis, wieviel jede und jeder von uns der Gnade und Begabung, dem Glück und Zufall verdankt - und wie wenig letztlich der eigenen Leistung. "Alles steht und fällt mit der Demut", sagen meine Mönche. Für sie ist das Beugen vor ihrem Gott auch, seine Schöpfung zu schützen - und so den Frieden auf Erden zu fördern - im Kleinen wie auch im Großen.

Gefährliche Gefahrenlosigkeit

Aber die Demut ist nur die eine Seite jener Balance, in der wir Christen leben sollten. Wir brauchen auch Mut, viel Mut sogar - seltsamerweise gerade in einer Zeit, in der wir in Europa ganz ohne Verfolgung, ohne Hass und Hetze leben dürfen. Aus Erfahrung wissen wir, dass uns die freie, liberale Gesellschaft bisweilen

mehr bedrängt als viele Bedrohungen der Geschichte. Besser gesagt: Dass auch wir in einer Zeit, in der alles gleich gültig zu sein scheint, permanent Gefahr laufen, selbst gleichgültig zu werden. Vor allem müssten wir mutiger sein im Bekenntnis zu dem, was uns als Christen wichtig und heilig ist.

Erinnern wir uns nur an die Erfahrungen des vergangenen Jahrhunderts, als alle großen, gefeierten Ideologien an ihrer eigenen Hybris gescheitert sind - und sich der christliche Glaube letztlich als die einzig tragfähige Lebens- und Überlebens-Botschaft erwiesen hat. In seinem Bekenntnis zu Gerechtigkeit, Freiheit und Geschwisterlichkeit, zu Nächsten-, gar Feindesliebe - und in seiner so aktuellen Sorge um die Bewahrung der Schöpfung.

Wichtige Leitplanken

Seit vielen Jahren bin ich davon überzeugt, dass sich jeder freiheitlich-säkulare Staat glücklich schätzen darf, wenn er auf die aktive Mitwirkung engagierter Christen zählen kann:

- Weil sie ein Menschenbild bewahren, auf das die staatliche Ordnung nicht verzichten kann. Weil sie Künder und Mahner bleibender Werte und gelebter Tugenden sind - freilich immer im Rahmen der Schranken, die ihnen die Verfassung zuweist.

- Weil Christen aus ihrem Glauben heraus auch ein Bewusstsein für das sozial Notwendige schaffen - gerade an den Rändern unserer Gesellschaft.

- Weil sie Leitplanken der Mitmenschlichkeit errichten, die höher sind, als das im Regelfall bei religionsfernen Gruppierungen deutlich wird.

Bei aller "Entkirchlichung", von der die Soziologie spricht, erlebe ich unsere kirchlichen Sozialwerke und auch unsere Pfarren noch immer als unersetzliche "Kleinkraftwerke der Nächstenhilfe" - gerade auch dort, wo der helfende Arm des Staates offenkundig zu kurz oder zu schwach ist.

Auftrag geht weiter

Und trotz all dieser Werte und Werke, ist das zentrale Motiv ihres Tuns zumeist seltsam blass und leise geworden. Die Apostel Petrus und Johannes haben es einst vor dem Hohen Rat in Jerusalem noch in die Worte gekleidet: "Wir können nicht schweigen über das, was wir gesehen, erlebt und gehört haben". Wo ist Ähnli-

ches heute noch aus christlichem Mund zu hören?

Es stimmt schon: Glaube ist etwas sehr Persönliches. Wo er zum gesellschaftlichen Auftrag, gar zur politischen Botschaft wird, da kann er rasch hochexplosiv werden. Aber er ist keine Geheimbotschaft. Das sagt uns schon der alte Entlassungsruf am Ende des Gottesdienstes, bevor wir wieder in den Alltag und in die Welt hinausgehen: "Ite missa est" - "Geht, ihr seid gesendet". Fühlen wir uns heute noch als Gesendete, als Gesandte? Die Antwort darauf sollte sich jede und jeder von uns nicht ersparen.

Lohnendes Risiko

Ich möchte dazu noch von zwei persönliche Erfahrungen berichten. Die Eine: In meinem Leben habe ich - schon durch meinen Beruf - an ungezählten Empfängen, gesellschaftlichen Essen oder was auch immer teilgenommen. Bei diesen Anlässen habe ich die Banalität der Gespräche oft schwer ausgehalten. Und das sogar unter sehr gescheiterten, auch sehr mächtigen Menschen. Wir leben ja in einer Zeit der größtmöglichen gesellschaftlichen Unverbindlichkeit.

Irgendwann habe ich ein Experiment begonnen. Habe in solchen Stunden versucht, die Themen im Gesprächskreis sanft und unmerklich zu verändern - hin zu Wesentlicherem. Anfangs habe ich das für einen riskanten Versuch gehalten - und war ganz überrascht von der Wirkung: Es war nämlich gar kein Risiko - und für Viele sogar eine Erleichterung und ein Impuls, um sich auch darauf einzulassen. Am Ende solcher Tischrunden haben sich nicht wenige sogar bedankt und haben gemeint: "Das war heute einmal ein Gespräch der ganz anderen Art".

Da möchte ich Sie einfach auch ermutigen. Denn meine Erfahrung heißt: 'Mut' in diesem Sinn - es muss ja nicht gleich um Grundfragen der Theologie gehen - "Mut" zum Wesentlichen braucht viel weniger Mut, als wir Christen heute zumeist vermuten. Er ist, wenn er nicht gleich überfordernd ist, weit öfter als wir glauben sogar das Wahrnehmen einer latenten gesellschaftlichen Sehnsucht. Und selbst dort, wo unser Reden auf Widerstand stoßen könnte, da lernen wir, unsere eigene Gesprächskultur so zu verbessern, dass uns selbst bei unterschiedlichsten Meinungen der gegenseitige Respekt und das friedliche Miteinander nicht verloren gehen.

Ebenbild Gottes

Am Ende meiner Gedanken möchte ich noch eine zweite persönliche Erfahrung zu Demut und Mut erwähnen - sie hat mit meinen vielen Jahren als Pilger am Athos zu tun. In "meinem" Kloster sind mir eine Reihe von Mönchsfreunden zugewachsen, denen ich viele religiöse Erfahrungen verdanke. Zumindest von einer solchen Erfahrung möchte ich kurz berichten. Immer, wenn ich nach Tagen einer großen Seelenruhe wieder mein Gepäck verstaue, um am nächsten Morgen ins Schiff und dann ins Flugzeug zu steigen, an diesen "letzten Abenden" kommt eine Handvoll Mönche auf den Balkon meiner Zelle, direkt über dem Meer, um Abschied zu nehmen. Es sind wunderbare, ja, heilige Nächte.

An einem dieser "letzten Abende" und im Dunkel einer griechischen Nacht war es, als ich meinen Mönchen eine sehr persönliche, ja intime Frage gestellt habe: Wie denn das Göttliche, dem sie ihr ganzes Leben widmen - dieses große DU - für sie aussehe? So wie die Gestalt des Pantokrators, des Weltenherrschers, in der Kuppel ihrer Klosterkirche? Oder wie eine Ikone der Dreifaltigkeit? Oder wie denn sonst? Wir Menschen könnten, so habe ich gesagt, doch nicht in eine DU-Beziehung kommen - ganz ohne ein Bild...

Da ist es zunächst auf unserem Balkon ganz still geworden - und ich habe schon gefürchtet, eine allzu vertrauliche, vielleicht auch unbeantwortbare Frage gestellt zu haben. Dann aber sagte einer meiner Mönche in die Stille hinein einen Satz - nein eigentlich nur vier Worte -, die von einer solchen Wucht der Aussage waren, dass sie mich für den Rest meines Lebens begleiten werden. Ganz ruhig hat er sein Gottesbild mit den Worten beschrieben: "Heute bist es Du!"

Heute bist es Du - ein Ebenbild Gottes! Jeder von uns ist "nach seinem Bild und Gleichnis", wie es im 1. Buch Mose heißt. Nicht gottgleich, aber doch ähnlich.

Ich weiß, das ist ein Anspruch, der vielen von uns gerade in den Kirchen des Westens geradezu als häretisch erscheint. Vielleicht auch aus einer gewissen Bequemlichkeit heraus: Denn hinter dem "Ebenbild Gottes" steht ja auch eine enorme Lebensverpflichtung - gegenüber Gott, gegenüber dem Nächsten, gegenüber der Schöpfung. Auch gegenüber sich selbst.

Den Christen im Osten ist es keine Häresie; ist es keine Vergöttlichung des Menschen, ganz im Gegenteil. Ihnen ist es ein Maßstab, an dem auch wir uns immer wieder messen sollten. Oft genug werden wir dabei merken, dass wir daran gescheitert sind. Aber der Maßstab bleibt - und er wird im Scheitern nicht kleiner. Selbst meine Mönche sagen: "Wir fallen - und stehen auf, fall-

en wieder - und stehen wieder auf, fallen erneut - und beginnen von Neuem. So ist das Leben".

Es wäre mir eine große Freude, dürfte ich diese Erfahrung mit ihnen teilen: dass wir - wir alle - uns wieder mehr an diesem "Ebenbild Gottes" ausrichten sollten. So gut wir es halt schaffen. Danke!

	
<p>IMPRESSUM: Medieninhaber (Verleger) Herausgeber, Hersteller: Institut "Katholische Presseagentur" Chefredakteur & Geschäftsführer: Paul Wuthe Redaktion: Andreas Gutenbrunner, Henning Kligen, Franziska Libisch-Lehner, Robert Mitscha-Eibl, Franz Morawitz, Jennifer Mostögl, Johannes Pernsteiner, Georg Pulling Alle: A-1011 Wien, Singerstraße 7/6/2 (Postfach 551) Tel: +43 (0)1 512 52 83 Fax: +43 (0)1 512 18 86 E-Mail an die Redaktion: redaktion@kathpress.at E-Mail an die Verwaltung: buero@kathpress.at Internet: www.kathpress.at Bankverbindung: Schelhammer&Schattera Kto.Nr. 10.2343 BLZ 19190 IBAN AT22 1919 0000 0010 2343/ BIC:BSSWATWW DVR: 0029874(039)</p>	